

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 207 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Freitag, 7. September 1934 Chefredakteur: M. Braun

Ausführliche illegale Berichte über Wahlzwang und Wahlfälschung am 19. August Seite 7

## Nürnberg

### Deutsche und sozialistische Antwort auf Hitlers Proklamation

#### Die Zensur Mussolinis Für seinen unbegabten Schüler Hitler

Die Nachwelt soll dereinst von uns sagen: Niemals war die deutsche Nation härter und nie ihre Zukunft gesicherter als in der Zeit, da das alte Heilszeichen der germanischen Völker in Deutschland neu verjüngt Symbol des „dritten Reiches“ wurde.

Der „Führer“ auf dem Nürnberger Parteitag.

So etwas darf der Führer des außenpolitischen, innenpolitischen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Reichsbankrotts in Nürnberg aussprechen, ohne daß seine Zuhörer anscheinend auch nur merken, wie er sich und das von ihm vertretene Deutsche Reich dem Spott aller Urteilsfähigen in der ganzen Welt aussetzt.

„Dem Führer wurden minutenlange Ovationen dargebracht.“ Wofür eigentlich, so fragt sich die Vernunft, wenn sie absteigt von dem in der Tat meisterhaften Volksschauspiel, das auf Kosten hungernder deutscher Menschen in Nürnberg zur höheren Ehre der nationalsozialistischen Partei und ihrer versammelten Bonzhokratie aller Grade geboten wird.

Der „Führer“ versucht in seiner Proklamation zu Nürnberg eine Art Bilanz zu ziehen. Den Kernjah haben wir oben vorangestellt. Sehen wir uns den wirklichen Zustand des „dritten Reiches“ positiv an:

Selbst die in allen demagogischen Schwindelbauten schwebende Fantasie des deutschen Reichskanzlers weiß nicht einen einzigen außenpolitischen Erfolg aufzuzählen. Nicht einen einzigen! Der Satz, daß das „dritte Reich“ alles getan habe, „was zur Verbesserung und Entgiftung mit diesen uns läßt, was zur Veredelung gegenüber anderen Nationen möglich war“, kann doch nur in Irrenhäusern Glauben finden.

Das „dritte Reich“ hat das Verbrechen verübt, die in ihrem Willen zur Mitgliebung geeinte Saars Bevölkerung in zwei sich leidenschaftlich bedehende Fronten zu spalten und auf urdeutschem Gebiet eine „Saarfrage“ entstehen zu lassen.

Das „dritte Reich“ hat durch freiwillige sklavische Unterwerfung unter den Vertrag von Versailles, den die demokratische Republik nur unter dem Druck der mobilisierten Militärmächte des ganzen Erdballs hinzunehmen gezwungen war, einen Viermächte-Pakt angestrebt. Nicht einmal das ist gelungen. Alles Antichambrieren der deutschen Botschafter und Sonderbeauftragten in den Vorzimmern der führenden Staatsmänner Europas hat zu nichts geführt als zur Isolierung Deutschlands und zu einer Hegemonie Frankreichs in Europa, wie sie seit einem Jahrzehnt nicht mehr bestanden hat.

Die Nationalsozialisten sind wie schnurrende Gauller den Polen und ihrem Marschall Pilsudski nachgelaufen, um ein deutsch-polnisches Protokoll zu erreichen. Eine volle Unterwerfung des Deutschland unter das Polentum. Feiger nationaler Verrat am Korridor. Preisgabe der Deutschen in Ost-Obergalizien. Kapitulation Danzigs vor der polnischen Expansion. Und was blieb übrig? Nichts als die Stärkung der Großmachtgefühle Polens und außenpolitische Erfolge Frankreichs im Osten. Bekrönt durch das französisch-russische Bündnis.

Und so etwas von deutscher Führung stellt sich hin und brüllt vbrausend: „Ich kapituliere nicht“. Der ganze Hitler ist außenpolitisch eine einzige unterwürfige Kapitulation und nicht einmal das hilft ihm, weil niemand in der Welt einem Politiker traut, der seine ganze Vergangenheit, seine in Schrift und Wort immer wieder gepredigten Grundsätze heuchlerisch verrät.

Und da fragt uns dieser Hitler der nationalen Schande und der nationalen Niederlage: „Was hast Du selbst geleistet?“ Antworten wir ihm:

Wir haben im Herbst 1918 das Reich und seine Einheit gerettet. Wir haben den Separatismus in den Grenzprovinzen niedergeschlagen, als Hitler ihm von München her durch seine Völkspolitik Vorkurs leistete und seine das Reich bedrohenden Soldner mit Franken und Dollar lohnen konnte. Wir haben die Ruhr und den Rhein besetzt, das ganze Besatzungsgebiet fünf Jahre vor dem im Friedensvertrag festgesetzten Termin, während Hitler nichts anderes konnte, als er jetzt noch fertigt: Geschwätz für Versammlungsparaden. Wir haben den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzwungen und auf allen Gebieten, zuletzt auch auf dem militärischen, Deutschland an die Gleichberechtigung heranzuführen vermocht. Wir haben den ersten Wall des Nationalismus und des Hasses, den das militaristische Kaiserreich, das so großsprecherisch und lautsprecherisch war, wenn auch nicht so ungeschickt, wie dieser Hitler, rund um Deutschland geschaffen hatte, wir haben diesen Wall rings um Deutschland durchstoßen — und die Isolierung des Reichs in zäher Friedensarbeit aufgehoben.

Das alles hat Hitler zertrütert und nichts hat er erreicht. Auch seine Wehrpolitik ist kein Positionum. Die ebenso geheimen wie provokatorischen Rüstungen hätten Deutschland nicht, nein, sie schwächen es, weil die ganze Welt sich zu einer einzigen furchtbaren Weltmacht gegen Deutschland zusammenschließt, die bei jedem Einsatz der deutschen Wehrkraft zu einer vernichtenden Katastrophe für Meer und Volk Deutschlands werden muß.

Wir haben uns bemüht, die Versöhnung der Konfessionen mit dem neuen Staat herbeizuführen.

So sagt dieser Hitler, der weder von der Universalität des Katholizismus noch von der Gewissensfreiheit und der weltlichen Tiefe des echten Protestantismus einen Hauch verspürt hat. Dieser Hitler, der von jeder religiösen Kultur so weit entfernt ist, wie seine durch Mord und Raub geschändeten Willen von dem Reichtum deutschen Wissens und deutscher Kunst!

Was hat denn seine „Kulturpolitik“ erreicht? Er hat dem Vatikan ein Reichskolonat zugehanden, das sich jede andere Reichsregierung tausendmal überlegt, ehe sie es zugestanden hätte. Und was ist es heute? Ein Rechenpapier, gerötet von dem Blute katholischer Märtyrer, deren Er-

Mailand, 6. Sept. In seiner besonders wichtigen politischen Glosse vorbehaltenen Spalte, deren Beiträge zum mindesten als von Mussolini inspiriert und gebilligt gelten, beantwortet heute der „Popolo d'Italia“ die Vorwürfe, die in der deutschen Presse gegen Italien erhoben werden. Mit einer Schärfe, die kaum noch überboten werden kann, weist das Blatt den Vorwurf der „italienischen Untreue“ zurück. Es schreibt, die Deutschen seien die Leuten, die eine solche Beschuldigung vorzubringen das Recht hätten. Kein anderes Volk verzeihe in seiner Geschichte so viele krasse und blutige Beweise der Verhandlung beschworener Verträge als Papierfetzen, des Verrats an Freunden und des Ionismus in der Beschuldigung, wie das deutsche Volk von Hermann dem Cherusker bis auf Friedrich den Großen und Bethmann-Hollweg. Italien habe während der letzten Jahre manche Beweise seiner Sympathie für Deutschland erbracht. Nun hätten anscheinend die Deutschen geglaubt, in jeder Beziehung und für alle Zeit mit Italien verheiratet zu sein. Zum Beweis, daß diese falsche Einstellung auf politischem Unverstand beruhe, wird eine Stelle aus Hitlers „Mein Kampf“ angeführt, ein Buch, von dem wohl viel gesprochen werde, das aber keiner lese.

mordung Adolf Hitler zu verantworten hat. Der Papst bleibt zurend auf die Totenschildung, die noch mit den Reichnamen Grundlehren des Katholizismus verhöht hat.

Und der Protestantismus? Da merkt man, an jedem Wort, daß Hitler so wenig von ihm verstanden hat, wie seine „Z. M. Jesu Christi“, die gottverlassenen „deutschen Christen“. Mit Volksgewalt wollen diese Tröpfe eine Reichskirche schaffen. Eine protestantische!

Man traut den eigenen Augen nicht. Dieser Hitler beruft sich auf Ulrich Hutten. Jüngelst Spottvogel muß ihm diesen Namen in das Manuskript hineingeschrieben haben. Jawohl, Ulrich von Hutten dachte nicht an Landeskirchen, sondern an Deutschland. Wie aber sprach er davon. Rufen wir ihn als Zeugen auf gegen den Värmacher von Nürnberg:

„Erbarnt euch über's Vaterland, Ihr werthen Deutschen regt die Hand. Jetzt ist die Zeit, zu heben an um Freiheit kriegen, Gott will's han. Derzu, wer Mannesherzen hat, geht fürder mit den Pfägen hat, damit sie han verfehrt die Welt. Darum ich hoff, es das nit Rot. Wäre mir denn schon gewiß der Tod, noch woll ich als ein frommer Held bei Wahrheit sehen Spiel und Schild und den Tyrannen widerstreben, vor welchen niemand frei mag leben. Die schrecken uns mit ihrem Bann... Wer aber jetzt die Wahrheit sagt, mit bannen den man bald verlost... Die Wahrheit muß herfür, zu Gut dem Vaterland, das ist mein Mut.“

Von der Wahrheit Herr Hitler, und immer nur von der Wahrheit und von der Freiheit spricht und singt dieser Ulrich von Hutten. Wo aber bleibt bei Ihnen die Wahrheit, um von der Freiheit schon gar nicht zu sprechen? Faden wir Sie da an, wo Sie versuchen, aus Ihrem Schwarm von nichtsagenden Worten einige Tatsachen für Ihre Politik anzugehen:

Hitler — seien wir höflich — fantasiert: „Die exekutive Vernichtung des deutschen Bauerntums ist nicht nur abgekoppt worden, sondern beseitigt.“ Wahr ist, daß aus dem bäuerlichen Einkommen 8-10 Milliarden Mark auf das Land übertragen worden sind, ohne daß die Agrarkrise auch nur im geringsten gemindert worden wäre. Wahr ist, daß dem Großgrundbesitz auf Kosten der Allgemeinheit Subventionen zugewandt werden wie nie.

Hitler fantasiert: „Die Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung sind, im großen gesehen, von einem unerhörten Erfolg begleitet gewesen!“ Fortsetzung siehe 2. Seite.

Hier sind die unbestreitbaren Tatsachen:

Millionen deutschen Volksgenossen wurden vergewaltigt durch eine außenpolitische Propaganda, die in der ganzen Welt negativ wirkt.

Der gesamte außenpolitische Apparat wurde von dem früheren Staat übernommen, den der Reichskanzler in seiner Rede wieder einmal wider besseres Wissen in den wüsten Formen eines ewigen Versammlungsgelächers lobend und schimpfend herunterriß. Begreift denn niemand in seiner Partei, daß schon das persönliche Auftreten dieses Mannes, seine grobe und gepflegte Stimme, seine Unbeherrschtheit des Tons, seine schiefen rednerischen Bilder, seine verworrenen Satzbindungen, seine üblen Anwürfe gegen jeden Andersdenkenden, seine Verleumdungen früherer überall gedachter Staatsführer Deutschlands, seine maßlose Selbstbeweihräucherung und Selbstüberschätzung ein schwerer außenpolitischer Schaden für Deutschland sind?

Nichts als außenpolitische Katastrophen hat er zu bieten: Mit Schimpf und Schande ist das „dritte Reich“ aus der Internationalen Arbeitskonferenz, auf der es durch einen Säuer vertreten war, abgezogen. Der Krakeeler des „dritten Reiches“ hat damals dieselben Völker, die jetzt so ziemlich als einzige in Nürnberg durch ihre Diplomaten vertreten sind, als Massen beschimpft, deren Vorfahren bananenfressend auf den Bäumen gelebt hätten.

Das „dritte Reich“ hat mit dem Völkerbund gebrochen und dadurch nicht nur die deutschen Reichsinteressen, sondern den Schutz der deutschen Minderheiten in aller Welt und die Verhandlung des Saarproblems veräntwortungslos preisgegeben.

Das „dritte Reich“ hat den Anschlußgedanken in Deutsch-Österreich vernichtet, hat einen Konflikt zwischen Österreich und Deutschland herbeigeführt, wie er seit 1866 nicht mehr bestanden hat. Der großsprecherische Führer der „nationalen Erhebung“ hat deutsches Stammland, übrigens sein eigenes Vaterland, unter das Protektorat Italiens gehoben.

Das „dritte Reich“ hat den einzigen Verbündeten, auf den es vielleicht mit einiger Wahrscheinlichkeit hätte rechnen können, das faschistische Italien, in wilde Feindschaft hineingebacht. Jemand wird wohl behaupten und verächtlich über den deutschen Nationalsozialismus und seinen Führer gesprochen, als in Italien kein Staatsoberhaupt schänt den deutschen Diktator intellektuell und moralisch tiefer ein als Benito Mussolini.

Die Arbeitslosenzahl hat um rund 4 1/2 Millionen Menschen abgenommen!

Wahr ist, daß die Arbeitsbeschaffung durch Verschleuderung der Devisen- und Goldbestände und durch saule Arbeitsbeschaffungswechsel erreicht wurde, und wahr ist, daß die Arbeitsförderung und die Zwangsarbeit nur zu einer binnenkonjunkturellen Scheinblüte geführt hat, die jetzt vor dem Zusammenbruch steht.

Hitler fantasiert:

„Die deutsche Mark ist stabil geblieben, und dies trotz aller Exportschwierigkeiten!“

Wahr ist, daß die deutsche Mark in der ganzen Welt jedes Vertrauen verloren hat, und Deutschland nur noch gegen Auslandsdevisen Waren erhält.

Hitler fantasiert:

„Die Sparmaßnahmen nahmen gewaltig zu.“

Wahr ist, daß seit Monaten in den deutschen Sparkassen die Auszahlungen die Einzahlungen übersteigen.

Wahr ist, daß der Reichsfiskus und „Führer“ was an Sozialpolitik aller Art in Deutschland noch vorhanden ist, ebenso wie die sozialen Einrichtungen der Gewerkschaften und der Caritas ohne jedes Verdienst für sich in Anspruch nimmt. Leistungen hat er durch Massenbettel erreicht.

Wahr ist, daß die Lebenslage des ganzen deutschen Volkes, die des Herrn Reichsfiskus und seiner Parteibeamten ausgenommen, sich im „dritten Reich“ verschlechtert hat. Es ist das Reich des Hungers und der Tuberkulose und nicht das Land von Brot und Freude.

Mit einem verkrampten Lächeln spricht Hitler davon, daß man außerhalb des Reiches in den vier Millionen Reichstücken eine gefährliche Opposition erblicken wolle. Er selber jedoch droht von neuem diesem „Häufchen Zeitwärtstehender“ mit allen Machtmitteln seines Diktaturapparates. Dann verheißt er sich zu dem Sage:

„In den nächsten tausend Jahren findet in Deutschland keine Revolution mehr statt!“

Herr Hitler verbietet es für ein Jahrtausend! Was sagt man dazu im Rahmen der Verordnung, die sich der größte Deutsche aller Zeiten zu seinem eigenen Schutze gegen Revolutionäre von einer fremden Regierung erbitzt hat? Man kann nur hauchen über den Geist, der ein im Grunde doch gesundes Volk regieren darf.

Wir regen uns nicht darüber auf, daß Herr Hitler vier Millionen heldenhafte Männer und Frauen, die zur Bewunderung aller freien Geister in der ganzen Welt sich allem zum Trotz gegen die Tyrannei in Deutschland erhoben, mit kräftigen Verbrechern vergleicht. Was läge ihm denn näher? Der sogenannte „Führer“ gleicht dem Geist, den er begreift, nicht einem einzigen der tapferen, alle Gefahren verachtenden Kämpfer.

Mag Herr Hitler diese vier Millionen und die anderen Millionen, die durch Fälschung und Terror ungezählt geblieben sind, gering achten. Die Gewißheit seines Untergangs liegt in ihm selbst und in seiner Bewegung.

Er proklamiert: Revolutionen beseitigen nur Machtzustände! Die Evolution allein verändert Sachzustände!

Das ist ein Schlagwort wie tausend andere. Aber greifen wir es auf: was predigt denn Herr Hitler für „Sachzustände“? Er rühmte sich, die Synthese zwischen Nation und Sozialismus gefunden zu haben, eine Bindung, die fest und immer gelte, in August Bebel sowohl wie in Jean Jaures.

Was hat der Hitlerismus daraus gemacht? Schande für die Nation und Schmach für den Sozialismus.

Die in der deutschen Nation ringenden Kräfte sind aber so unzerstörlich wie die Seele des nach planvoller Gestaltung der menschlichen Gesellschaft ringenden Sozialismus. Weder Nation noch Sozialismus sind an die kleinen Geister der Hitlererei und ihrer Tageserfolge gebunden.

Die vielen Millionen, die Hitler auf Leben und Tod das Recht zur Staatsführung verweigern, lassen nicht nur kein Wort der Trompete von Nürnberg mehr.

Diese Millionen sagen Ja zur deutschen Nation.

Diese Millionen sagen Ja zu einem sozialistischen Deutschland.

Der Berrat an der Nation und der Berrat am Sozialismus wird Hitler vernichten.

Und wir sind zum Kampfe gegen ihn und für Deutschland nur deshalb bereit, weil unser Glaube lebt in dem Freiheitswillen der Nation und in den gewaltigen ordnenden und erobrenden Kräften des Sozialismus.

## Journalisten! Lehrer!

### Parademarsch als Medizin

Endlich hat das Propagandaministerium herausgefunden, warum die deutschen Zeitungen immer schlechter redigiert, immer seltener gekauft und immer weniger gelesen werden. Schuld trägt nicht die Uniformierung der Presse — im Gegenteil! Auch die Journalisten müssen uniformiert werden — bis hinunter zum kleinsten Unfallemelder, sie müssen im Gleichschritt marschieren lernen, dann wird ihr Stil besser, dann werden ihre Gedanken tiefer, dann wird ihr Geist reger werden.

„Die Presse wurde monoton, weil die Bearbeiter ihrer Spalten nicht mehr zeitgemäß waren.“

Schreibt der „Völkische Beobachter“, jetzt aber — jetzt sind endlich „Presse-Kameradschaftslager“ eingerichtet worden, und nun wird es aufwärts gehen.

Im Krieg gab es Militärärzte, die gegen jede Krankheit teils Aspirin, Rizinusöl verschrieben. Im „dritten Reich“ heißt das Universalmittel: „Stramm gehalten, richt' euch!“ heißt die Medizin: Parademarsch! Jüngst sind in Pommern wieder 800 Lehrer aufmarschiert und die begeistertsten Berichte überfluteten sich. In der parteilosen Stettiner Zeitung hieß es:

„Nicht euch, Augen geradeaus, Augen rechts!“: Gauobmann Wodenschweger meldet. Wie die Mauerer haben die pommerschen Lehrer und geben kräftig das Heil des Ministers zurück. Der Reichsminister Rust schreitet die Front der pommerschen Lehrer ab; dann spricht er, und was er sagt, läßt unsere Herren in Verunsicherung und Führerbesetzung höher schlagen: „Ich freue mich, daß ich die pommerschen Lehrer als Soldaten gesehen habe.“

Die deutsche Presse ist krank? Journalisten stramm gehalten! Die deutsche Jugend verrotzt und verwildert immer mehr? Deutsche Lehrer — stramm gehalten! Lehrer und Journalisten erziehen das Volk. Wer aber erzieht die Volkserzieher? Der Unteroffizier Gimmelfoh und der Reichsminister Rust!

# Zirkusspiele statt Brot

## Frankreich über den Jahrmärkte von Nürnberg

Von unserem Korrespondenten

N. Ph. Paris, 6. September.

Es gibt kein französisches Blatt, das nicht von den Vorbereitungen zum nationalsozialistischen Parteitag in Nürnberg recht ausführlich erzählt, kein Blatt, das nicht Bilder bringt, auf denen man SS- und SA-Leute im Parade-marsch durch die Straßen von Nürnberg ziehen sieht. Und das Ganze trägt oft mit anderen Worten, aber doch überall im gleichen Sinne die Überschrift, die wir im „Intransigant“ (6. September) finden: „Die Tage von Nürnberg befestigen das Einvernehmen von Reichswehr und Nationalsozialismus“. Das, so meint die gesamte hierige Presse, sei ja überhaupt das hervorsteckende Merkmal des diesjährigen nationalsozialistischen Parteitages, daß zum ersten Male Reichswehrformationen geschlossen an ihm teilnehmen, ein Umstand, der der Welt zeigen solle, daß die ganze Armee ebenso wie das übrige Deutschland Hitler treu ergeben sei.

Ironisch bemerkt

### „Petit Parisien“

die deutschen Vorkämpfer in Paris, London, Moskau und Rom, ebenso wie die deutschen Gesandten in den anderen europäischen Hauptstädten seien wohl nur zur Teilnahme am Parteitag geladen worden, damit sie einen Erfolg bildeten für die ausgebliebenen ausländischen Diplomaten. Im

### „Journal“

weist Georges Blum darauf hin, daß am nächsten Montag die Reichswehr zu Hitlers Ehren einen Paradezug veranstalten werde, bei dem man den „Einzug der Wölfe in Babylon“ von Richard Wagner zu Gehör bringen werde. Militär-märsche würden sich anschließen, darunter auch das Lied: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“. Dieses Lied solle wohl die Erinnerung an die gegen Napoleon I. geführten Freiheitskriege ins Gedächtnis zurückrufen. ....

### „Devoir“

zweifelt nicht daran, daß Hitler dem Ausland in Nürnberg ein „Heil-Genetter“ vorführen werde. Das solle ein Beweis sein, wie sehr er das Vertrauen des deutschen Volkes genieße. Aber was seien die Freudenstöße einer Menge wert, die sich in einem Luftauml befinde, dem nicht und ein-geschlößert zugleich durch den Jahrmärktestrummel! An dem Tag, wo der Führer sich an die Deffentlichkeit unter frei-

willigem Verzicht auf jede Zirkus- und Jahrmärkteklame wenden würde, entschlossen, nur durch ruhige und nicht durch tobende Reden zu wirken, an diesem Tage würden seine Zuhörer zu einem schrecklichen Wahren ihren Mund öffnen. Hitler wisse das, aber das Ausland schiene es mitunter vergessen zu haben. ....

„Oberpräsident Rube“ meint das Blatt weiter, „sagt im „Völkischen Beobachter“, Nürnberg ist der Friede, Gewiß, Hitler wird in seinen Reden das Friedenswort noch weisen. Schon empört sich ein Provinzialblatt bei der Feststellung, daß man den Führer noch nicht für den Nobelpreis vorgeschlagen hat.“

Dem Korrespondenten des

### „Paris Midi“

fällt es auf, daß man in Nürnberg überall das Bild des Führers, sehr oft vereint mit dem von Julius Streicher, sieht, den er den „unermüdlichen Apokel des Kampfes gegen die Juden“ nennt. Auf Bier-trüben lände man die Aufschrift „Nürnberg, die Stadt der Nationalsozialistischen Kongresse“. Sei das denn wirklich der einzige Ruhmesittel der alten deutschen Stadt? So fragt der Berichterstatter. Sollen Albrecht Dürer und Hans Sachs nur Vorläufer von Adolf Hitler gewesen sein? Man kann wirklich nicht sagen, daß der gute Ruf, den Nürnberg als Kunstadt in der ganzen Welt schon seit Jahrhunderten genießt, in diesen Tagen von Herrn Adolf Hitler und seinen braunen Scharen gefördert wird.

Gabriel Perreux stellt im

### „Paris-Soir“

die Frage, wie lange Hitler den Deutschen noch „Lustspiele“ statt Brot anbieten könne. Schon jetzt scheine trotz der glanzvollen Aufmachung er in Nürnberg mit weniger Begeisterung als früher empfangen worden zu sein. Während man aber noch über die Wirkung derartiger Maskenfeste im Inlande verschiedener Meinung sein könne, so würde doch auch der Verdienste den außenpolitischen Einbruch legen. Gewiß bewundere die Welt die arthartige Organisation einer solchen Massenveranstaltung. Aber welches auch immer die Friedensversicherung des Führers bei dieser Gelegenheit sein werde, so werde man außerhalb der Reichsgrenzen doch mit Bedauern feststellen, daß der Nürnberger Kongress in Wirklichkeit viel mehr von dem Kriegswillen als von den Friedenswünschen des Reiches enthalte.

# Nürnberger Kultur-Lebkuchen

## Der Führer ins Reich des Geistes

In Nürnberg gab es auch eine Kulturtagung. Korporanten des deutschen Geisteslebens und der deutschen Kunst sahen andachtsvoll vor ihrem Führer, der ihnen eine Stunde lang „über Wesen und Aufgaben der deutschen Kunst“ die Öhrne erhellte.

Diese Rede haben wir im Wortlaut vor uns. Es ist sehr respektlos, aber die Wahrheit gebietet zu sagen, daß wir „Intelligenzgelehrten“ die Sage Adolf Hitlers mit den Kataphonien unseres lauten Getreißes begleitet haben. Sollte jemand behaupten, daß diese Rede vom Herrn Presseschef Dietrich oder vom kunstbestimmten Adjutanten Hans Stangl verfaßt worden sei, so müßten wir mit Entschiedenheit widersprechen. Denn der Stil und der Prunk, das verblasene Gebildetum des Halbgebildeten, die schiel konstruierten Satz-angestime mit falscher Staff und bunz bepinseltem Falschade: das ist in seiner Ganzheit und in seiner Fülle der Autor des „Mein Kampf“. Hier rufen die Stedenferde, hier verlen die Schweißtropfen des Führers höchstselbst. Nie hat sich ein Mann mit größerem Erfolge selbst ironisiert wie hier.

In dieser Rede ist die Form zugleich der Inhalt. Wir geben darum einige Sätze wörtlich wieder:

„Die Weltidee eines liberalen Zeitalters läßt zur Nachfolge der internationalen Idee des marxistischen Sozialismus ein, und dieser wieder mündet in anarchisches Chaos oder in die kommunistische Diktatur. Da die Grundzüge und die Prinzipien des Aufbaues einer tausendjährigen Völkergemeinschaft erst einmal zerbrochen sind, folgt diese Ordnung ihren Grundrissen und Prinzipien nach. Es ist ein grandioses, schwarziges Spiel, das sich vor unseren Augen abrollt. Der Henrich-Wolf scheint über die Welt zu rasen. In einem wilden Kräfte kämpfen Völker und Rassen, ohne im einzelnen zu wissen, wofür.“

„Noch vor 20 Jahren war die künstlerische Darstellung der Schnelligkeit eines Körpers verbunden mit der Konstruktivtion der Spitze nach vorne und der Verdickung nach rückwärts. In 20 Jahren, von heute ab gerechnet, wird das Schönheitsempfinden gebieterisch die umgekehrte Tropfenform identisch finden mit der Vorstellung der Schnelligkeit. Der Künstler ist daher in der inneren Ahnung solcher Naturgesetzmäßigkeiten sowohl der Wissenschaft, wie damit überhaupt der Menschheit stets weit voraus. Er hat die Pflicht, seine ihm von Gott gegebene Ahnung und Einsicht einer nachstrebenden Menschlichkeit als Richtpunkt nach vorn aufzustellen, und nicht diese wieder nach rückwärts zu führen!“

„In einer Mission kann man auch nie erzogen werden, wenn man nicht dafür geboren ist. Wenn daher in einem Volke an sich die Fähigkeiten, die Formen und Vorgänge des Lebens klar zu sehen, zu den wesentlichen artigen Eigenschaften gehören, dann haben wir im Künstler die Inkarnation solcher Fähigkeiten zu erblicken. In ihm melden sich die inneren Werte eines Volkes in höchster Verstärkung laut, und zwar für alle, an. Es vermittelt daher das gottbenadete Gebiet in seinem Streben, den menschlichen Werken eine letzte Veredelung angebeihen zu lassen, unbewußt der Nachwelt Erkenntnis, die diese nicht mit Unrecht als für immer fixiert empfunden und damit als zu folgende Regel ansieht und niederlegt.“

„Es kann nicht die Aufgabe sein einer nationalsozialistischen Kunstziehung, Werte, die nur die Vorlesung den Völkern schenkt, zu bewahren, als vielmehr das vorhandene Kulturgut dem unverdorbenen und gesunden Instinkt in Schuß zu nehmen vor diesen Räubern einer gesunden Staats- und Kulturauffassung, sofern es sich nicht überhaupt um Schwindler handelt. Und es muß klar und eindeutig ausgesprochen werden: Nicht nur die politische, sondern auch die kulturelle Linie der Entwicklung des „dritten Reiches“ bestimmen Instinkt und Rasse, und die Scharlataane, wenn sie meinen, die Schöpfer des neuen Reiches liehen sich von ihrem Geschwätz beneheln oder gar einschüchtern, befinden

sich in einem unheilvollen Irrtum.“ „Das Deutsche Reich wird die Jügel des Geistes seiner tragen, die es schufen, und nicht jener, die es nicht erschaffen und verstehen.“

Es ist, wie man sieht, etwas schwierig, sich in Adolf Hitler hineinzulesen. Seine Größe als Denker und Kulturpropheet steht unverrückbar fest für die treuen Nationalsozialisten, die das Deutsche Reich hitlerischer Nation für die nächsten tausend Jahre zu beherrschen gedenken. Wir Ausgestoßenen aber — wir leben in der deutschen Geschichte keinen Virtuosen der Gedanken und der Schriftsprache, der mit solchem Erfolge das Einfache so kompliziert, das Banale so wissenschaftsbesessen, das Klare so verworren und verwachsen zu sagen weiß wie er. Kräftige Schimpfwörter heben sich aus dem wogenden Wellenmeere der Offenbarungen hin und wieder wie ebene Feldgebirge hervor. Wir hörten ihn dann laut schreien und erkannten die Grundnatur.

Darum ist es überflüssig und vergeblich, die Kunsttheorien Adolf Hitlers — Varianten aus „Mein Kampf“ — zu erläutern. Das beste, was dazu gesagt werden kann, hat der deutsche Rundfunk am Donnerstagmorgen gesagt: Wortlich:

„Nachdem der Führer seine große Rede auf der Kulturtagung gehalten hatte, nahm er den Rahmen des Reichs bei marisch von 2000 Umiswaltern entgegen, die aus einem Umkreise von über 150 Kilometer vier Stunden lang nach Nürnberg marschiert waren. Von der Leistung dieser Männer kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß nur 15 Mann unter wegg schlapp machten“ . . .

Hätten diese Kämpfer vorher die Kunstrede ihres Führers gehört, so wäre ihnen das Maßbeur bestimmt nicht passiert.

## Wieder einer!

### Korrupter Nazibeamte

Köln, 6. Sept. Bei der Kölner Regierungskasse sind größere Unterschlagungen eines Inspektors festgestellt worden. Die Verrechnungen geben schon auf Jahre zurück und dürften insgesamt nach den bisherigen Feststellungen rund 140 000 RM. erreichen. Der festgenommene Inspektor hatte bei den Gehaltszahlungen für die Lehrerschaft Betrügereien vorgenommen. Er falschte Quittungen und andere Urkunden und konnte dadurch immer wieder erhebliche Beträge veruntreuen. Die Verrechnungen wurden erst bei einer sorgfältigen Nachprüfung aus früherer Buchungen entdeckt. Der Beamte ist gefändigt.

Regierungspräsident ist der frühere Chef der Gestapo Dörls. Sein Vorgänger war der Nationalsozialist Kurt Bonjen.

Breslau, 5. Sept. (Anprek.) 28 kommunistische Arbeiter aus Glogau wurden vom Oberlandesgericht Breslau zu Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren, an insgesamt 51 Jahren Kerker verurteilt.

Berlin, 5. Sept. (Anprek.) In dem Prozeß gegen die kommunistischen Arbeiter aus Freiwaldau wurde der Hauptangeklagte Jessel in 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten insgesamt 8 Jahre Zuchthaus.

Berlin, 5. Sept. (Anprek.) Das „Volksgericht“ verurteilte über zwei thüringische Arbeiter, die illegale Literatur, unter anderem das Braunbuch, aus der Tischdruckerei eingeschmuggelt hatten, Zuchthausstrafen in Höhe von je vier Jahren.

Berlin, 4. Sept. (Anprek.) Das Sondergericht Berlin verurteilte einen Arbeiter aus Braunsberg wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einem Jahr Gefängnis.

# „Status quo“

## Was bedeutet in Wirklichkeit seine Beibehaltung bei der Volksabstimmung

Die nachfolgende Zuschrift veröffentlichen wir, obwohl wir dem Verfasser nicht in jedem Wort zustimmen.  
Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

Es ist allgemein üblich, die erste der öffentlichen Möglichkeiten bei der im Januar nächsten Jahres stattfindenden Volksabstimmung als ein Votum für die Beibehaltung des Status quo zu bezeichnen. Aber so bequem das auch ist, in dem Fall der beiden anderen Wahlmöglichkeiten, kurz gesagt: für Deutschland oder für Frankreich, ebenfalls mit nur zwei Worten auszukommen, so ungenau ist es auch. „Status quo“ heißt, wörtlich überlebt, doch nichts anderes wie: „Der Zustand in dem (zu ergänzen: zur Zeit) sich das Land befindet.“ Ist dies aber wirklich damit gemeint?

Eine der dritten Bedingungen, die der Verfallener Vertrag für die Abstimmung aufstellt, heißt, sie solle „unbeeinträchtigt“ sein. Die beiden anderen heißen: „gebundenes“ und „frei“. Nun, diese beiden Bedingungen sind klar und ihre Durchführung ist Sache der Abstimmungskommission, der Abstimmungsgerichte und der sonst in Betracht kommenden Instanzen. Was aber geht die dritte Bedingung an? Was anders als die Saarländer selbst, und wie können sie ihr genügen?

Nun, es ist selbstverständlich: nur dann, wenn sie sich über die Bedeutung der ihnen gestellten Fragen voll und ganz im klaren sind.

Betrachten wir die Dinge nun einmal in aller Ruhe und Sachlichkeit, so sehen wir zunächst, daß nur zwei der Fragen in Wirklichkeit für den Saarländer in Betracht kommen: Rückgliederung nach Deutschland oder selbständiges Saargebiet. Denn an den Anschluß an Frankreich denkt nur sehr wenige, ebenso wie in Frankreich kein vernünftiger Mensch an eine Eingliederung des Saargebietes, oder wie man auch wohl häufig sagen hört, an eine Annexion denkt oder sie überhaupt für wünschenswert hält. Also wird der Saarländer praktisch zwischen diesen zwei Möglichkeiten wählen müssen.

Es hieße Gulen nach Athen tragen, wollte man den Saarländern die wirtschaftliche Seite dieser Frage auseinandersetzen. Das weiß jeder von ihnen; man kennt die Lage in Deutschland, den Kampf, den man zum mindesten mit sehr zweifelhaftem Erfolg gegen die Arbeitslosigkeit führt, die wirtschaftliche Krise, die Schwäche der Mark. Man erfährt es ja auch am eigenen Leibe, an eine Annexion denkt oder sie überhaupt für wünschenswert hält. Also wird der Saarländer praktisch zwischen diesen zwei Möglichkeiten wählen müssen.

Aber um das Materielle allein geht es ja gar nicht. Es hieße den Saarländer verkennen, wenn man ihm nicht auch Idealismus zutraute, einen Idealismus, der zuerst nach der Freiheit und der Wahrung seiner Menschenrechte fragt.

Nun ist es aber so, daß die große Mehrheit der Saarländer sich über die Bedeutung des ersten Punktes, den man allgemein mit „Beibehaltung des Status quo“ bezeichnet, nicht klar ist. Soll das heißen, daß die Verwaltung des Saargebietes immer und ewig die gleiche sein soll wie bisher, das nichts ändert an dem Regime, das das Kapitel II des Saarabkommens für die Zeit bis zur Abstimmung eingeführt hat?

Es ist klar, daß die nationalistische Rückgliederungspropaganda alles daran legt, diese Meinung aufrecht zu erhalten und zu festigen. Man braucht nur die Broschüre zu lesen, die voriges Jahr erschienen ist.

Die französische Propaganda versucht den Eindruck zu erwecken, als handele es sich um Bildung eines autonomen, also selbständigen, freien Staates. Das ist aber unrichtig. Nach dem klaren Wortlaut des Vertrages kommt nur die Beibehaltung des gegenwärtigen Regierungssystems in Betracht. Dieses ist aber bekanntlich das Gegenteil von staatlicher Selbstständigkeit. Denn die Saarbevölkerung regiert sich nicht selbst, sondern wird — von einem Regierungsamtlichen abgesehen — durch fremdländische Persönlichkeiten beherrscht, die sich in weitem Maße nach den Anweisungen des Generals Völkner und den Wünschen der ausländischen Staaten richten. Die Saarbevölkerung selbst hat gar keinen entscheidenden Einfluß auf ihre Regierung.

Und was hier Dr. Kurt Grotten sagt, das wird in zahlreichen anderen Broschüren und Flugblättern wiederholt, das wird auch mündlich immer wieder gesagt, auch den Hitlergegnern gegenüber, denen man sagt: „Du wehrst dich gegen die angebliche Diktatur in Deutschland, weil du sie nicht liebst, aber was du hier hast, und dessen Verewigung du wünschen willst, das ist schlimmer als Diktatur!“

Und doch ist das ein fundamentaler Irrtum. Und er wird nicht richtig dadurch, daß er soandsooft wiederholt wird. Das ist es ja gerade, weshalb wir eingangs sagten, so bequem das Wort „Status quo“ sei, so ungenau, ja, so gefährlich ist es.

Drei Hauptgrundsätze sind im Verfallener Vertrag enthalten:

1. Der Völkervertrag übt die Souveränität aus.
2. Die Gruben bleiben Eigentum des französischen Staates.
3. Das Saargebiet bleibt im Rahmen des französischen Zollgebietes.

Aber in keinem dieser drei Punkte ist die Rede von dem politischen Regime, von der Verfassung. Die drei oben genannten Grundsätze bleiben

natürlich in Kraft, aber man kann sie nicht ohne weiteres mit der Frage der Verfassung vermengen.

Man muß, um die gegenwärtige Form der Verwaltung des Saargebietes zu begreifen, sich noch einmal die Verhältnisse von 1919 vor Augen führen. Es handelte sich damals darum, zwei bisher zwar nicht in der Wirtschaft, aber in der Verwaltung vollkommen verschiedene Gebiete — der größere preussisch, der kleinere bayerisch — für eine zeitlich beschränkte Dauer unter einen Hut zu bringen. Es galt nicht einen neuen Staat zu schaffen. Daß das kein Mensch gewollt hat, dafür ist doch der beste Beweis, daß das Saargebiet seinen eigenen Konsul hat. Es handelte sich vielmehr einfach um ein Uebergangsregime, wenn es auch 15 Jahre sein sollten, und nicht nur ein halbes oder ein Jahr, wie in anderen Abstimmungsgebieten (Schleswig, Ostpreußen, Ober-Schlesien). Aber was sind fünfzehn Jahre in der Geschichte? Und es war daher nur folgerichtig, wenn der Völkervertrag selbst die Rolle eines Parlaments übernahm, wenn die saarländischen „Minister“ ihm und seiner anderen Stelle verantwortlich waren, und wenn die durch die Regierungskommission geschaffene Einrichtung des Landesrats praktisch keine andere Bedeutung bekommen konnte, wie beispielsweise der sogenannte Studienauschuss. Denn während der Uebergangszeit ist eben das Saargebiet ebenförmig ein Staat, wie andere Abstimmungsgebiete; was soll also da ein Parlament? Welche der Völkervertrag in einer falschen Auffassung noch so oft dessen Rolle für sich reklamieren, das eigentliche Parlament dieser Uebergangszeit ist und bleibt eben der Völkervertrag, der durch die Regierungskommission vertreten wird.

Aber nach der Abstimmung ist die Lage ganz anders. Dann muß das bisherige Abstimmungsgebiet folgerichtig zum selbständigen, zum autonomen Staate werden und dann muß es natürlich auch die Einrichtungen eines solchen haben. Das heißt der Verfallener Vertrag klar und deutlich vor, denn es gibt da den § 33a, der wörtlich besagt: Es ist Sache des Völkervertrages, durch geeignete Maßnahmen die

## Frankreich will eindeutige Entscheidung Die Meinung des „Temps“

Der „Temps“, das offiziöse Blatt der französischen Außenpolitik, schreibt am 6. September über die Denkschrift der französischen Regierung an den Völkervertrag folgendes:

Wenn es wahr ist, daß Regieren Voraussehen bedeutet, so kann man der französischen Regierung nicht genug darin beistimmen, daß sie bereits jetzt an die verschiedenen Probleme gedacht hat, die am Tage nach der Abstimmung zu lösen sind, welches auch immer der Ausgang der Volksabstimmung sein möge.

Zunächst die juristische Frage:

Die Briefe, die am 4. Juni durch die französische und die deutsche Regierung an den Völkervertrag adressiert worden sind, sehen zwar Garantien zugunsten der Abstimmungsberechtigten für die Nichterreichung von Vergeltungsmaßnahmen vor, aber Abstimmungsrechte sind nur die volljährigen Saarländer, Männer und Frauen, die am 28. Juni 1919 an der Saar gewohnt haben. Der Völkervertrag hat keine Absicht zum Ausdruck gebracht, diese Garantien auf sämtliche Saareinwohner auszudehnen. Es ist wichtig, daß sich diese Absichten zu genauen Verpflichtungen verbinden. Es wäre in der Tat völlig unzulässig, daß im Falle einer Rückgliederung an Deutschland ein Teil der Gebietseinwohner sich Verpflichtungen ausgedacht läßt, die denjenigen ähnlich sind, die allzuvielen Rheinländern am Tage nach der Befreiung der Rainger Zone erdulden mußten.

Wenn andererseits die französische Regierung bereit ist, bereits jetzt zu erklären, daß im Falle einer Verbindung mit Frankreich die Saareinwohner ohne Unterschied der Rasse und der Religion uneingeschränkt alle Rechte französischer Bürger in Anspruch nehmen können, so hat doch die deutsche Regierung noch keinerlei Verpflichtungen in dieser Hinsicht übernommen. Es ist notwendig, daß der Völkervertrag so schnell wie möglich eine eindeutige Entscheidung in dieser Hinsicht trifft.

Und es ist endlich wichtig, daß die Abstimmenden eine klare Vorstellung von dem Rechtszustand (Status) haben, der sich gegebenenfalls aus dem Abstimmungsergebnis für Status quo ergeben kann. Ohne daß die Denkschrift sich über diesen Punkt näher äußert, geht aus ihr hervor, daß das Wort „Status“ hier in doppelter Bedeutung gebraucht wird: Zunächst im Sinne der staatsrechtlichen Verfassung (im Falle der Aufrechterhaltung des Status quo muß nach Ansicht der französischen Regierung den gewählten Volksvertretern ein breiterer Raum bei der Erledigung der Angelegenheiten des Gebietes eingeräumt werden!), sodann aber auch im Sinne einer international verbindlichen Festlegung (das heißt, daß, von den gleichen Grundsätzen ausgehend, die Möglichkeit späterer Änderung des Status-quo-Zustandes ins Auge gefaßt wird, um „den dauernden Interessen des Gebietes und dem allgemeinen Interesse“ zu dienen!).

Natürlich kann die französische Regierung dem zukünftigen Schicksal einer Bevölkerung gegenüber nicht indifferent bleiben, die während fünfzehn Jahren in enger wirtschaftlicher Gemeinschaft mit Frankreich gelebt hat. Und die Denkschrift gibt in dieser Hinsicht genügend Beweise, aber alles dies immer im Rahmen des Friedensvertrages. Man darf wohl hoffen — ohne allerdings allzu sehr darauf zu vertrauen —, daß die deutsche Regierung diese Aufrichtigkeit teilt.

Wenn Hitler-Deutschland einige Gründe hat, sich wegen des Resultates der Volksabstimmung zu beunruhigen, so muß es die Gründe hierfür einzig und allein bei sich selbst suchen.

Paris, 6. September 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Die hiesige Presse gibt an hervorragender Stelle den Inhalt der französischen Saarnote wieder, die in politischen Kreisen sehr lebhaft erörtert wird. Man begrüßt den ruhigen und sachlichen Ton, in dem das Dokument gehalten ist, das

endgültig eingeführte Rechtsordnung mit den dauernden Interessen des Gebietes und dem allgemeinen Interesse in Einklang zu bringen.“

Dieser Text ist klar und eindeutig. Er gibt dem Völkervertrag nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die endgültig eingeführte Rechtsordnung mit den dauernden Interessen des Gebietes in Einklang zu bringen, dem Gebiete eine Verfassung zu geben, die seiner würdig ist und seinen Interessen entspricht. Denn dann gibt es keinen preussischen und bayerischen Teil mehr, die unter einer nur scheinbar einheitlichen, in Wirklichkeit nach verschiedenen Wegen arbeitenden Verwaltung stehen, dann gibt es ein autonomes Saargebiet. Eine Autonomie, die sich auch durchaus die Vereinigung mit einem künftigen deutschen Rechtsstaate offen halten könnte.

Wie dessen Verfassung aussehen wird, das kann natürlich jetzt noch nicht gesagt werden. Aber es ist klar, daß sie freier sein muß als die gegenwärtige des Provisoriums, und sicherlich freier als die deutsche. Hat doch noch gerade im Augenblick, da in Deutschland das ganze bisherige Arbeitsrecht beseitigt wurde, die Saarregierung den Text eines neuen Betriebsgesetzes vorgelegt.

Also, wie die neue Verfassung aussehen wird, muß noch dahingestellt bleiben. Man könnte, beispielsweise, sich denken, daß nur ein einziger Mann, eine Art von Staatskommissar, dem Völkervertrag verantwortlich, an die Spitze gestellt werde, anstatt des bisherigen fünfköpfigen Kollegiums, und daß auch sonst der Verwaltungsapparat wesentlich verkleinert würde, während sonst die Geschäfte des Landes in den Händen von gewählten Saarländern lägen. Man könnte ferner wohl daran denken, daß der Völkervertrag ein Sachverständigenkomitee berufen werde — genau wie es jetzt für die Abstimmung geschaffen ist —, das die Frage der zukünftigen Verfassung bearbeitet. Es ist dabei selbstverständlich, daß in diesem Komitee die Saarländer entsprechend berücksichtigt, daß sie zur Mitarbeit eingeladen werden müssen. Denn, und das ist das Allerwichtigste, die neue Verfassung darf natürlich keine „erlassene“, „oktroierte“ sein, sondern muß zustande kommen aus dem Willen des Volkes.

Jedenfalls ist es also sicher, daß der Status quo im eigentlichen Sinne des Wortes nicht in Frage kommt. Dr. Grotten und seine Vor- und Nachbeter haben Unrecht. Wer für die Beibehaltung des Status quo stimmt, begibt sich damit keineswegs in freiwillige ewige Sklaverei, sondern hält sich gerade dadurch den Weg nicht nur zur wirtschaftlichen, sondern auch zur politischen Freiheit offen.

C. K.

sich von inhaltlosen Phrasen fernhält und auf jede Propaganda verzichtet. Dafür aber, so sagt man, wirkt die Note durch ihren sachlichen Inhalt um so mehr. Sie zeige den Saarländern, was eigentlich für sie auf dem Spiele stehe, wenn sie sich am 13. Januar 1935 gegen den Status quo entscheiden. Zum ersten Male werde ihnen von dazu autorisierter Seite deutlich gemacht, daß sie die stabile Frankfurter Währung, die durch Gold hinreichend gesichert sei, mit der deutschen Mark erlangen können, die aus nichts anderem als aus Papier und Druckerwärme bestehe.

Nur außerordentlich glücklich hält man die freigelegte Seite mit der Frankreich dem Saargebiet zu mindest einen Teil der Gruben zur Verfügung stellt, falls das Volk sich für den Status quo entscheidet. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die französische Republik dem freien Saarland, das nichts mit Hitlerdeutschland zu tun haben will, am Tage, nachdem es dies deutlich zum Ausdruck bringt, ein sehr wertvolles Geburtsstagsgeschenk auf den Tisch legen wird.

Man braucht nicht zu bezweifeln, daß der „Temps“ recht hat, wenn es feststellt, daß die französische Saarnote einen sehr ungünstigen Eindruck — in Berlin gemacht hat.

## „Ernstere Warnung“

London, 6. Sept. „Daily Herald“ spricht im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der französischen Saarnote von einer ernstlichen Warnung vor dem kommenden schmerzhaften Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland wegen der Zukunft der Saar. Frankreich zeige deutlich, daß es Deutschland nicht erlauben werde, von der Saar Besitz zu nehmen, bevor jeder Pfennig für die Bergwerke bezahlt sei. Diese Bezahlung aber könnten und wollten die Nationalsozialisten nicht leisten.

## Internationale Saarpolizei Abstimmungskommission hält es für notwendig

Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 4. September läßt sich aus Saarbrücken berichten:

Die Abstimmungskommission prüft zur Zeit eingehend die Frage einer Verstärkung der saarländischen Polizeikräfte. Nach ihren Feststellungen erweist sich das saarländische Landesgarnison gegenüber den Polizeikräften anderer dichtbevölkerter Gegenden als unverhältnismäßig schwach, zu schwach insbesondere zur Durchführung umfassender Sicherungsmaßnahmen am Tage der Abstimmung. Sie würden kaum zum Schutz der 500 Wahllokale ausreichen, geschweige denn zur Ausübung einer starken Grenzkontrolle. Aber auch in den kommenden Monaten der leidenschaftlich geführten Wahlkampagne, so äußerte sich Henry weiter, müßten in den dichtbevölkerten Zentren starke Polizeiregimente vorhanden sein, auf deren Neutralität man sich absolut müsse verlassen können. Die Abstimmungskommission sei deshalb mit der von der Regierungskommission in Genf erhobenen Forderung eines verstärkten Polizeischutzes vollkommen einverstanden. Am liebsten läßt Henry das schweizerische Mitglied der Abstimmungskommission die individuelle Aushebung von Schweizer Bürgern für diesen Ordnungsdienst; eine gleichzeitige Neutrierung in verschiedenen Ländern hält er für unvorteilhaft. Die Abstimmungskommission ist sich der ausfallgebenden Bedeutung weitgehender Schutzvorkehrungen vor und während der Abstimmung bewußt, da Unzulänglichkeiten in dieser Hinsicht den praktischen und moralischen Wert des Abstimmungsergebnisses illusorisch werden ließen. Noch einem Ratsbeschlusse des Völkervertrages steht es der Regierungskommission des Saargebietes zwar immer noch frei, im Falle schlimmer Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung die an der saarländisch-französischen Grenze bereitstehenden französischen Truppen herbeizurufen. Aber gerade dies möchte die Abstimmungskommission vermeiden, um in jeder Beziehung die vollkommene Unbeeinträchtigkeit der Abstimmung zu verbürgen.

Daher wird die Notwendigkeit eines verstärkten Polizeischutzes vor und während der Abstimmung durchaus aner-

kennen, halten wir es doch für angebracht, daß die Schweiz auch eine individuelle Aushebung ablehnt. Der Völkerverbund wird gewiß in anderen Ländern genügend Bereitwilligkeit finden oder, sollte dies nicht der Fall sein, die heilige Frage in anderer Weise lösen können. Diese ablehnende Haltung in dieser Spezialfrage soll die Schweiz jedoch nicht daran hindern, der Abstimmungskommission im Saargebiet bei der Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe jenen Ratzen moralischen Beistand zu gewähren, den sie ihres großen Verdienstes um die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker willen unzweifelhaft verdient.

## Die Guthaben der Saarländer

### Wichtige Denkschrift der Regierungskommission

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht ein Schreiben der Regierungskommission des Saargebietes, das sich mit den Fragen der saarländischen Schulden und Guthaben im Ausland befaßt, die die Regierungskommission zur Prüfung der kommenden Tagung des Völkerbundes unterbreite. Die Tatsachen, die in diesem Bericht angeführt werden, sprechen eine wichtige Sprache gegen die Rückübertragung des Saargebietes an ein Hitler-Deutschland, in welchem Falle die Saar eine Währung erhalte, die nicht konvertierbar und nicht transferierbar ist. Das Schreiben der Regierungskommission stellt ausdrücklich fest, daß „das Saargebiet unter den in den letzten Monaten vorgenommenen Einschränkungen der deutschen Regierung hinsichtlich der freien Bewegung der ausländischen Kapitalien im Reich gelitten hat“ und fordert für den Fall des Status quo gezielte Maßnahmen des Rates, um den Saarländern jede

freie Verfügung ihrer Guthaben sowohl in Deutschland wie in Frankreich zu garantieren: „Die Guthaben von Saarländern im Auslande müssen geschützt werden gegen Zwangsmaßnahmen, die sich aus den durch die deutsche Gefährdung hervorgerufenen Transferenschwierigkeiten ergeben.“ Die Regierungskommission empfiehlt deshalb, daß der Rat für den Fall des Status quo beschließt, daß die künftige Saarregierung keine einschränkenden Maßnahmen zum Nachteil der Träger von ausländischen Guthaben, welches auch ihre Nationalität und Wohnort sei, annehme.

Die entscheidende Stelle der Denkschrift hat folgenden Wortlaut:

„Wenn man die drei im Versailler Vertrag vorgesehenen Möglichkeiten ins Auge faßt, so sei im ersten Falle, der Beibehaltung des Status quo zu bemerken, daß es wegen der den Deutschen- und Kapitalienaustausch nicht einschränkenden Saarverfassung geboten wäre, wenn der Rat beschließt, daß die Saarregierung in Zukunft keine einschränkenden Maßnahmen zum Nachteil der Träger von ausländischen Guthaben, welches auch ihre Nationalität sei und ihr Wohnort, annehme. Diese Maßnahme sei notwendig, weil das Saargebiet unter den in den letzten Monaten vorgenommenen Einschränkungen der deutschen Regierung hinsichtlich der freien Bewegung der ausländischen Kapitalien im Reich gelitten habe. Erleichterungen seien nur in einzelnen Fällen Saarländern gegenüber gewährt worden. Daher müsse der Rat jede geeignete Maßnahme ergreifen, um den Saarländern jede freie Verfügung ihrer Guthaben in Deutschland sowohl wie in Frankreich zu garantieren.“

# „Deutsche Front“ protestiert

## Gegen fremde Polizei

Die Genfer Ratstagung naht, die Aera der Saar-Denkschriften und Proteste hat begonnen. Die „deutsche Front“ wendet sich jetzt mit einem Protest gegen den Präsidenten der Regierungskommission Knox nach Genf. Sie behauptet, daß an der Saar alles in schönster Ordnung sei und die vorhandenen Polizeikräfte vollkommen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit ausreichen. Verschiedene Vorgänge werden bagatelisiert oder die Mitschuld der „deutschen Front“ wird abgestritten. Dreißig die Echtheit der über die Umtriebe des freiwilligen Arbeitsdienstes veröffentlichten Dokumente (trotz vollkommener Beglaubigung) angezweifelt. Zur Kennzeichnung der Art und des Tons der Denkschrift, sowie der dialektischen Ränke, mit denen sich die treudeutschen Männer aus einer peinlichen Lage herauszuwinden suchen, einige Zelle aus dem Protest:

Der Herr Präsident Knox begründet seine Forderung nach internationalen Polizeikräften neuerdings auch damit, daß 10 000 junge Saardeutsche, die im deutschen freiwilligen Arbeitsdienst (F.A.D.) tätig und damit der im Saargebiet herrschenden Arbeitslosigkeit entzogen sind, im Reich eine „militärische Ausbildung“ erhielten. Gemäß der in Abschrift beigefügten Erklärung des Reichsleiters des F.A.D. entspricht diesen Behauptungen nicht den Tatsachen, zumal Aufbau und Ziel des F.A.D. eine irgendwelche militärische Ausbildung überhaupt nicht zuläßt. Herr Präsident Knox wird also den Beweis für seine Behauptung, die Tätigkeit des F.A.D. „bilde eine große und schwere Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet“, nicht führen können. Auf der anderen Seite läßt Herr Präsident Knox dagegen völlig unbeachtet, daß die zur Zeit im Saargebiet wohnenden französischen Staatsangehörigen nicht nur ihrer militärischen Dienstpflicht in Frankreich genügen, sondern auch — soweit sie dem Verlaufsstand angehören — regelmäßig jede Woche militärische Übungen (auch im Waffengebrauch und Schießübungen) in den benachbarten französischen Grenzregionen ableisten. Das angebliche Material des Herrn Präsidenten Knox gegen den deutschen F.A.D. und seine Beziehungen zur Deutschen Front ist der Regierungskommission „in die Hände gefallen“ anlässlich einer Handlung bei der

Deutschen Front, die nach ihrer Anordnung und Durchführung von dem zuständigen Untersuchungsrichter als ungescheit festgestellt worden ist. Die Echtheit des „Materials“ steht in seiner Weise fest. Von vornherein sei darauf verwiesen, daß bei diesem „Material“ ein Unterschied zu machen ist zwischen der Abwicklungsstelle des F.A.D. der früheren Nationalsozialistischen Partei im Saargebiet und dem F.A.D. der jetzigen Deutschen Front. Das hat auch die Regierungskommission selbst zugeben müssen. Dennoch heißt sie in ihrem Schreiben an den Hohen Rat des Völkerbundes vom 17. August d. J. die Angelegenheit so dar, als ob mit all diesen Dingen der F.A.D. der Deutschen Front belastet werden könne.

So wird verücht, die Verantwortung auf andere Stellen abzuwälzen wenn vollkommenes Zeugnis nicht hilft. Die militärische Heranziehung von Franzosen in Frankreich mit der Schaffung einer Saarlégion durch den freiwilligen Arbeitsdienst, ausdrücklich geschult für den Abstimmungskampf, zu vergleichen, ist ein besonders hartes Stück.

Zum Schluß der Denkschrift des Herrn Birro heißt es:

„Die Deutsche Front im Saargebiet hat in letzter Zeit wiederholt vor dem Hohen Rat Beschwerden gegen den Herrn Präsidenten Knox führen müssen, vor allem wegen seiner partiellen Berichterstattung. Nicht nur dem Hohen Rat hat Herr Präsident Knox falsche Darstellungen gegeben; auch die Weltpresse benutzte er, um über das Saargebiet und seine Bewohner durchaus unzutreffende Auffassungen zu verbreiten. Wir wissen nicht, ob er sich der unheilvollen Folgen bewußt ist, die eine derartige Handlungsweise hervorrufen kann. Wir hoffen zuverlässig, daß der Hohen Rat das Gefährliche solchen Tuns erkennt und endlich Herrn Präsidenten Knox auf den Weg einer objektiven Berichterstattung und an einer neutralen Handhabung seines Amtes bringen wird.“

Das ist die Sprache der „deutschen Front“. Hochmut aber kommt immer vor dem Falle. Um so fürchterlicher wird die Niederlage sein, die sich die Herren zum Schaden der deutschen Sache in Genf holen werden.

# „Wenn man Hitlers Freund wäre...“

Von unserem Korrespondenten

Paris, 5. September.

Ueber Deutschlands Isolierung verbreitet sich Gerede im „Intransigent“. Er sagt:

„Der Völkerverbund will sich in Genf versammeln. Deutschland wird nicht dabei sein. Es beugt damit Unrecht. Wenn man Hitlers Freund wäre, müßte man ihm sagen:“

„Herr Reichskanzler, wohin glauben Sie, daß Ihre Politik Sie führen wird? Sie haben das Wunder fertig gebracht, Deutschland so vollständig zu isolieren, daß sich heute keine Stimme mehr zu seinen Gunsten in der ganzen Welt erhebt. England heute für das deutsche Volk große Sympathie. Es müßte sich, ihm seine Großmachtstellung in Europa wieder zu verschaffen, und ging sogar so weit, ihm die Wiederaufrichtung zu gestatten. Heute können Sie sehen, mit welchem Widerwillen Sie England durch Ihre demokratenfeindlichen Exzesse, Ihre Verfolgungen, Ihre Repressionen erfüllt haben und mit Ihrer länglichen Entschuldigungen, sich um Ihre finanziellen Verpflichtungen nicht zu kümmern. Italien hätte sehr viel für Sie übrig. Sie haben das Mittel gefunden, es durch Ihre antiösterreichischen Maßnahmen in Österreich gegen Sie aufzubringen.“

Rußland war bereit, ihr Land zu unterstützen und soll sogar damit einverstanden gewesen sein, Deutschland als Waffenarsenal zu dienen. Heute haben Sie keinen entscheidenden Feind. Außerhalb Europas haben die Vereinigten Staaten die Lust verloren, weiter mit Ihnen Geschäfte zu machen. Auf wen können Sie nun noch zählen? Auf niemand. Welches Land aber könnte sich einbilden, ohne die Hilfe eines anderen oder anderer Länder zu leben und zu blühen? Sie wollten Frankreich isolieren, und gerade im Moment hat es niemals in der Welt eine günstigere Position gehabt. Sie allein haben es fertig gebracht, daß Deutschland heute von mißtrauischen oder feindseligen Nachbarn elagiert ist. Herr Reichskanzler, Sie sollten erkennen, daß Sie sich getriert haben und sollten versuchen, sich wieder bei der Welt beliebt zu machen.“

Aber Hitler würde wohl solche Rede nicht anhören. Es liegt nicht in seiner Natur, kluge Ratschläge zu befolgen; und die Hitlerer beginnen damit, daß sie denken, die sie verderben wollen, den Verkauf nehmen. Deutschland wird nicht in Genf sein. Wenn man dort über so viele bedeutungsvolle Fragen sich unterhalten wird, dann wird Deutschland zu Hause bleiben. Um so besser für uns.“

# „Gnädiges Geschenk Gottes“

## Die evangelischen Kirchenfürsten auf den Knien vor den Bezwingern der evangelischen Freiheit

In Berlin waren am 2. September die deutschen evangelischen Kirchenfürsten versammelt. Es war das Konzil der von dem Reichsbischof diktatorisch und rechtswidrig gegen den Willen der zuständigen Landeskonferenzen eingesetzten Landesbischöfe, die jetzt im Kirchenlager die „Säuberungsaktion“ vollziehen. Sie bekannnten sich in folgender Entschließung zu ihrem Herrn und Gebieter Ludwig Müller, den Reichsbischof, und zu dessen Führer Adolf Hitler:

„Wir können als Kirchenführer nicht zum erstenmal nach dem großen Tag des 19. August 1934 zusammentreten, ohne in tiefer Demut vor Gott hinzutreten, der dem Führer ein solches Werk der Einigung gelingen ließ. Wir er-

kennen gerade bei dem gesunden Charakter unseres Volkes in diesem Einigungswerk eine väterliche Führung und ein gnädiges Geschenk Gottes. Wir vertrauen in seiner Glaubensgewisheit im Herrn Christus, dem Haupt der Kirche, daß er unsere evangelische Kirche der Einheit zuführen wird, um die er für seine Jünger gebietet hat. Wir bitten Gott den Herrn, daß er dem Reichsbischof als dem erwählten Führer der deutschen evangelischen Kirche die Kraft geben möge, den großen Dienst an der Kirche zu vollbringen, der ihm verantwortlich anvertraut ist. Darum haben die Kirchenführer als Sprecher der Landeskirchen und des Kirchengewisses den herzlichsten Wunsch, sich mit dem Reichsbischof erneut in herzlicher Treue und verantwor-

ungspoller Kameradschaft und Gemeinschaft zusammenzuschließen, diesen Zusammenhalt vor unserem Volk und vor aller Welt zu bekunden und in gemeinsamem Gebet um die Vollendung der ihrer Gemeinschaft geschehen Aufgaben zu bitten. Die Kirchenführer bitten daher den Reichsbischof, bald einen Tag zu bestimmen, an dem in einem feierlichen Einigungsaktes die letzten Willen Ausdruck gegeben werden kann.“

Das „gnädige Geschenk Gottes“, für dessen Haupt die protestantischen Kirchenfürsten den Segen des Himmels erbitten, ist Adolf Hitler. Derselben Kirchenbeamten haben ihm bereits gedankt für die „Säuberungsaktion“ des 30. Juni, bei der nach ihrer Ansicht kein anderer als Gott der Herr Hitlers Karabiner gelenkt hat. Alle Erschießungen und Totschläge seien nicht nur staatspolitisch „rechtens“ geworden. Sie wurden auch von diesem deutschen Protestantismus in den Schoß der heiligen Bejahung aufgenommen.

Bei solchen Entschuldigungen begreift man, warum sich der Protestantismus der Welt von seiner offiziellen deutschen Spielart abwendet.

## Nichtgleichgeschalteter Bischof

### Hannoversche Landeskirche gegen Müller

In den wenigen evangelischen Landeskirchen, die bisher trotz allen Zwangs und aller Drohungen nicht gleichgeschaltet waren, gehört auch die hannoversche lutherische Landeskirche. Ihr Landesbischof Mathreus hat einen Brief an sämtliche hannoverschen Geistlichen gerichtet, worin er erklärt, daß die Beschlüsse der Nationalsynode dem Wesen des Bekenntnisses und der Verfassung der Kirche entgegenzusetzen seien. Heute müsse sich jeder für sich persönlich klar werden, ob er dieser Kirchenentwicklung noch folgen wolle. Er, Bischof Mathreus, frage daher seine Pastoren an, ob sie seine Haltung billigen, ob sie ihn in seinem Kampf unterstützen wollten und ob sie entschlossen seien, sich bis zum Letzten einzusetzen, um das wahre Bekenntnis zu verteidigen. Auf dieses Schreiben gaben nach kurzer Zeit von den rund tausend Geistlichen etwa 800 eine Antwort: 750 haben sich bedingungslos hinter den Landesbischof gestellt, 15 antworteten ausweichend und nur 13 sprachen ein Nein aus. Diese Bistoren sind für die Reichskirchenregierung katastrophal. In Berlin spricht man heute davon, daß der Reichsbischof sich mit dem Gedanken trage, die Opposition zu zerstreuen und für die lutherische Kirche ein ähnliches Gesetz zu erlassen wie für die reformierte Landeskirche von Hannover. Dies würde allerdings angesichts der unterschiedenen Haltung der Landeskirche von Bayern und Württemberg mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft sein.

## „Wir warnen hiermit...“

### Inserierende jüdische Firmen in parteiamtlichen Zeitungen

Kassel, 4. Sept. Der Verleger der parteiamtlichen „Kurhessischen Landeszeitung“ veröffentlicht auf der ersten Seite eine Warnung an jüdische Firmen. In der gelesenen wird, daß zwei jüdische Firmen infolge der Unachtsamkeit eines Akquisiteurs je ein Inserat in der „Kurhessischen Landeszeitung“ untergebracht hätten. Nach Feststellung des Tatbestandes sei der Akquisiteur entlassen und die Forderung an die jüdischen Firmen dem Winterhilfswerk überwiesen worden. Die Erklärung schließt mit dem Satz: „Wir warnen hiermit jüdische Firmen jeder Art, Inserate in unserer Zeitung auf Umwegen aufzugeben zu versuchen, da wir sonst gegebenenfalls gegen die betreffenden Firmen auf dem Gerichtswege vorgehen werden.“ ...

## Schöppenstedter Streich

b. h. Vor einiger Zeit wurde in dem durch seine Schildbürgerreiche berühmten Orte Schöppenstedt eine Reihe von kirchlichen Disziplinarmassnahmen durchgeföhrt, in deren Verlauf der Braunschweiger Oberkirchenrat Dr. Schlotz, Oberkirchenrat Dr. Lambrecht und Kreisfarrer Müller zwangsweise in Urlaub geschickt wurden. Grund zu dieser Maßnahme war ein nicht alltäglicher Vorgang. In Schöppenstedt wohnt nämlich ein jüdischer Unternehmer mit einigen finanziellen Mitteln, die er im Sinne der Arbeitsbeschäftigung des „Führers“ in Umlauf zu bringen gedachte. Zu diesem Zwecke wollte er sein an Gelände, das der Kirche gehörte, anzureichern und Betriebsgrundstück erweitern. Er trat mit der Kirchenbehörde in Verbindung und trug ihr an, ein Stück des angrenzenden Grundstückes gegen gutes Geld zu kaufen. Da eine richtige Kirchenbehörde immer Geld nötig hat, und außerdem den Herren Kirchengewaltigen das Beginnen des Judentums die Arbeitsbeschäftigung des „Führers“ zu unterstützen, als ein löbliches Tun erkannten, wurde man schnell handfeste. Die Kirche erhielt Geld, der Jude Grund und Boden. Alles war in schönster Ordnung, da kam aus Drud des nationalsozialistischen Parteibüros die völkische Erbhoheit ins Kochen, welches wiederum die Parteiamtner veranlaßte, die vorgesehnen Behörden ins Bild zu setzen, die dann usw.

Die Herren Kirchengewaltigen versuchten in der Stunde höchster Gefahr die ganze verpöbelte Angelegenheit auf das Verlangen eines untergeordneten Angestellten zurückzuführen, der aber, gestützt auf einflußreiche Freunde, in der Lage war, an Hand der Akten die volle Verantwortlichkeit der oben genannten Herren nachzuweisen. Daraufhin erfolgte dann die Zwangsübernahme und eine langwierige Unternehmung. Das Ergebnis dieser Unternehmung liegt nun vor und wurde vom Landeskirchenrat der Öffentlichkeit übergeben. Zwei der Sündenböcke werden wieder in Amt und Würden eingesetzt, während der dritte, Oberkirchenrat Schlotz, auf Grund allfälliger Einvernehmens“ aus seinem Amt in der Kirchenbehörde ausscheidet. Zum Entgelt dafür sticht ihm die Kirchenbehörde, daß er durch die fragliche Angelegenheit „in keiner Weise belastet“ sei.

Aus diesem Vorkall ist recht Illustrativ zu erkennen, wie schwer es ist, Gott zu geben, was Gottes ist, wenn man gleichzeitig Hitler geben soll, was Hitlers ist!

## Die „Amnesie“

### Und die Wirklichkeit

Rosenbogen, 4. Sept. (Nuprech.) Eine Ergänzung zu der groß angekündigten Auflösung des Konzentrationslagers Dramenburg bedeutet eine Meldung der „Politiken“ aus Hamburg. Das Blatt teilt mit, daß in den letzten Tagen Masseverhaftungen staatsfeindlicher Elemente erfolgt sind. Im Konzentrationslager Juhlshüttel wurde eine Frankenschiebung neu eingerichtet.

Hamburg, 4. Sept. (Nuprech.) Das Hamburger Oberlandesgericht verurteilte vier Arbeiter wegen illegaler Weiterführung der kommunistischen Partei in Farmsbed, Einflüsterung und Weiterleitung von Beiträgen, Schriftenverteilung und Nachrichtenübermittlung zu Gefängnisstrafen von einem bis zu zweieinhalb Jahren.



# Der Evangelist Johannes

Von Carl Hauptmann

(Fortsetzung)

Er erfüllte mit einem wunderbaren, frommen, schwermütigen Tiefen die steinernen, laugen Korridore, in denen Wärterinnen und Wärter hinhuschen. Und ein Irre, den man vorbeiführte, begann aus seiner stolzen Gebärde in ein narrenhaftes Gelächter überzugehen. Und ließ sich nicht abhalten, dem Gesange des Strolchs nachzuweihen, bis der Evangelist Johannes um die Ecke verschwand war. Der Strolch schritt mit den Rhythmen des Liedes in frommer Einigkeit verbunden.

Der Arzt hatte es sofort richtig erkannt. Nur noch die Seele dieses verwahrlosten Menschen lebte und schwärmte. Sie wühlte sich offenbar eines heiligen Berufes voll.

Wie man den Strolch ins Bett brachte, redete er mit weiten Augen, daß er jetzt unschuldig wäre und ganz reingewaschen durch Jesu Blut. Aber er versicherte pöflich blinzeln, daß er früher einmal ein Sünder gewesen. „Wer weiß? ... vielleicht sogar ein Mörder ... aber jedenfalls ein Dieb!“

Der Gendarm hatte zuerst an einen guten Fang gedacht. Es war in der Gegend ein Mord passiert. Ein junges Fabrikmädchen war einem verkommenen Lüstling zum Opfer gefallen. Und weil anfangs in dem Eichwalde die geflüsterten Worte des heiligen Vagabunden wie Geständnisse klangen, wie schones Ausplaudern halber Wahrheiten, so hatte der Gendarm dem untersuchenden Arzte gleich eine solche Erwägung nahegebracht.

Aber der junge Arzt war ein Kenner, die Fantasien des Evangelisten waren zu feierlich. Seine Bekenntnisse zu geistig. Die Idee von der Reinwaschung schien ihm wie das wirkliche Handwaschen des Pilatus lebhaftig anzufüllen. Aber mit irdischen Wahrheiten hatte seine Fieberseele sonst nichts mehr zu schaffen.

Als der Strolch entkleidet im Bett lag, sah man, daß er ein ganz verhungertes Mann war. Er hatte offenbar schon tagelang keinen Biss zu sich genommen. Und der Enthaltungs- und Sterbensrausch warf Kiefer und Gliedmaßen.

Aber Essen stieß er von sich. Wie man ihm zu trinken reichte, trank er wie ein ausgetrockneter Schwamm. Sog er sich schweigend voll. Verstummt lange seine leidenschaftlichen Selbstgespräche. Und eine unbegreiflich lange Zeit sog er richtig, wie Pferde saugen. Und warf sich dann zum ersten Male in die Kissen zurück und schloß die Augen.

Er war offenbar zum Tode reif. Die Brüche waren entseelig. Schwarzblau, wie exotische Gewächse. Zum Operieren war keine Zeit mehr. Und das heiße Auge des Mannes verlangte auch nichts mehr von irdischer Hilfe.

Aber sein Gesicht sah in den reinlichen Kissen noch wunderbarer aus. Ein leidender Christus. Ein Mensch mit der harten Stachelkrone des Schicksals. Und vielleicht auch schon mit einer heimlichen Glorie. So daß der junge Arzt das Bett des Kranken noch immer nicht verlassen wollte.

Der Arzt sah es jetzt genau, daß der Strolch ein Jude war. Es war das apollinisch-jüdische Gesicht aus Galiläa. Voll Inbrunst.

Ein Sektierer im Flüstergespräch mit Gott konnte nicht heißer in sich hineinbeten. In seinen Händen und dem ganzen Leibe des Fremdlings zitterte ein Gebet wie eine jäh Naturkraft. Der Strolch lag in den Kissen, die langen Haarwülste ums hohlwangige Fleisch, mit unterlaufener Röte in den süchtigen Augen. Neu aufgeschreckt. Gleichsam, als wenn er jetzt damit ränge, den Weg zu finden, der aus dieser Welt hinausführte.

Als der junge Arzt unwillkürlich die Kleider des Mannes noch einmal genauer durchföhlte, waren irgendwo aus dem Rockfutter zwei Bücher zum Vorschein gekommen. Ein ganz vergriffenes Neues Testament und ein ebenso verschmutztes, aber selbstgeschriebenes Buch. Zwischen dessen Blättern der junge Arzt einen längeren Brief fand, der offenbar von einer feinen Frauenhand geschrieben war. Und der ihn sofort lebhaft interessierte.

Er las:  
„Lieber Johannes! Auch Saulus wurde ein Paulus. Auch Sie waren einmal auf schlechten Wegen. Denken Sie nicht, ich meinte, daß Sie sich eines besonderen Verbrechens schuldig gemacht. Wir alle ohne Unterschied tragen an der großen Schuld der Welt. Wir alle ohne Unterschied sind Mörder des Geschaffenen. Wir alle sind auch noch immer die Diebe der Ehre und Liebe und des Ansehens des Nächsten auf allen Wegen. Darum ist diese Ihre Schuld an sich nur die allgemeine Schuld dieser Welt. Auch daß Sie ehemals ein jähzorniger, politischer Mensch waren, und in Ihrem heiligen Rußland als Jüngling unheilige Verschönerungen mitmachten, haben Sie längst in der Peter-Pauls-Festung in Ketten und Demut hüben müssen. Auch das Teil wird Ihnen der Himmel gegen das Konto Ihrer Feinde aufrechnen. Oh ... dieser rätselhafte, göttliche Widersinn, in den wir alle verstrickt sind! Für Ihre Gewalttat für die Menschlichkeit wurden Sie dort natürlich ans Kreuz geschlagen.“

Aber Sie wollen jetzt mehr als ein gewöhnlicher, sündiger Mensch sein. Sie wollen jetzt ein Heiliger sein. Lieber Johannes, jetzt werden Sie Ihr Herz noch ganz anders mit Ueberfülle Demut speisen müssen. Mit der Demut, die jeder Gewalttat und jeder Schuld sich gewissermaßen kühn in die Räder wirft. Sie aufhält mit dem allerentsagungsvollsten Mannes- und Wahrheitsmut. Jetzt werden Sie sich hinwerfen müssen wie ein gemeiner Stein. Mit der großen Tapferkeit der Selbstverachtung und Selbstvernichtung im Blute. Jetzt werden Sie die gemeinen Uebel, die das Menschenblut von Grund aus vergiften, in Ihrem Fleische und Ihrer Seele ganz erdrosseln. Werden ein Wahrheitsklave und Selbstverwerfer sein, der in sich Lüge und Tod bezwang. Und in tiefer Demut das ewige Banner der Menschenliebe vor sich in den Menschenkampf und in die Menschenperre hineinragt. Sie

Mensch aus Galiläa haben das Christuskreuz auf sich genommen ...“

An dieser Stelle riß der Brief ab. Die weiteren Seiten fehlten.

Der Arzt nahm den Brief an sich und betrachtete noch einmal den wunderlichen Heiligen, der jetzt eine Weile erschöpft und mit geschlossenen Augen dalag. Aber das Gesicht in Königswürde, als wenn ein Ueberwinder sich der Welt verschloße. Während seine Pulse hoffnungslos hinstrieten.

„Zu helfen ist nicht viel!“ sagte der junge Arzt zum Pfleger, der in der weißen Leinwandkostümierung dabei stand.

„Fieber einundvierzig!“ sagte der Pfleger.  
„Sehen Sie ... er beginnt sein jähes Wortgeflüster mit dem trockenen, blutleeren Munde schon wieder!“

„Man kann nichts verstehen!“ sagte der Pfleger.

Man hätte gar nichts verstanden, wenn nicht der Strolch plötzlich einen Frauennamen laut und mit erhobener Stimme ein paarmal herausgesprochen.

Der junge Arzt hatte den Brief noch einmal in die Hand genommen. Hatte auch das selbstgeschriebene Buch flüchtig aufgeklappt. Las auch eine Seite in dem Neuen Testamente. Und war dann wieder in das bleiche Christusgesicht vertieft, dessen Worte jetzt neu bei geschlossenen Augen hinrasten.

„Beobachten Sie ihn gut ...“ sagte der Arzt sanft. Dann ging er, den Finger zwischen das Neue Testament gelegt, hinaus, setzte sich in sein Arbeitszimmer, sah Briefe auf seinem Schreibtisch liegen, legte das vergriffene Evangelienbuch des Strolches eine Weile aus den Händen. Griff es doch wieder und las.

„Er hatte keine Gestalt noch Schöne, da war keine Gestalt, die uns gefallen hätte ... Er war der Allerverachtetste und Unwerteste, voller Schmerzen und Krankheit ... Er war so verachtet, daß man das Angesicht vor ihm verbarg ... fürwahr, er trug unsere Krankheit und lud auf sich unsere Schmerzen. Wir aber hielten ihn für den, der geplagt und von Gott geschlagen und gemartert wäre. Aber er ist um unserer Missetat willen verwundet, und um unserer Sünde willen zerschlagen.“

## Frischauf

von Björnstjerne Björnson

Deutsch von Max Bamberger  
Ich lebte mehr, als daß ich sang.  
Mir galt es, keck auf jedem Gang,  
Zu wecken und zu treiben.  
Im Vordertreffen fest zu stehen,  
Das hab' ich höher angesehen  
Als alles Verseschreiben.

Das Wahre, Starke wächst, gedeiht,  
Und sicher wird ihm Ewigkeit  
Auch ohne Druckerschwärze, —  
Wer gar nicht an den Schriftsatz denkt  
Wer voll ins Leben sich versenkt,  
Singt sich dem Volk ins Herze ...

— War mal ein Fest; wie mir gelehrt:  
Im Spanierland. Ein Bauernpferd  
Hielt auf dem Zirkusplatze.  
Ein Käfig ward hinzugebracht,  
Draus schlich ein Tiger lauernd, sacht:  
Dann duckt er sich zum Satze.

Die Menge klatschte, schrie im Braus.  
Der Tiger sprang, das Pferd schlug aus.  
Doch Blut floß nicht hernieder.  
Den Tiger seit- und rückwärts trieb  
Der bäurisch-plumpe Pferdehieb, —  
Scheu streckt' er seine Glieder.

Aufheulen da die Männer grell,  
Die Weiber mit. Sie drängen schnell  
Zur Brüstung, pfeifen, zischen —  
Wild stacheln sie des Tigers Mut —  
Blut wollen alle sehen, Blut! —  
Das Spiel begann vom Frischen.

Die Menge klatschte, schrie im Braus —  
Der Tiger sprang, das Pferd schlug aus,  
Die Blutgier ward betrogen.  
Das Glück nahm sich des Pferdes an,  
Die Käse hielt der Huf im Bann;  
Grimm spannt' sie sich zum Bogen ...

Wer siegte schließlich? fragt Ihr mich.  
Merkt auf! ... Das Bauernpferd bin ich,  
Der Kampf ist nicht beendet.  
Wohl ist der Wahlplatz euch bekannt:  
Die Stadt, wo gern so Mund wie Hand  
Dem Schauspiel Beifall spendet.

Ich kämpfe ohne jeden Haß,  
Und was ich liebe, freut mich baß,  
Macht's heißen Zorn auch rege,  
Weil meine Seele, weil mein Blut,  
Bei allen Schritten gleich in Glut,  
Sind grade meine Wege.

Hier stehe ich! Zu keiner Zeit  
Sind Menschengroll und Bitterkeit  
Zur Waffe mir geworden.  
Versagt den Funken Liebe nicht  
Mir, der nur für die Sache ficht —  
Um dich, mein Land, mein Norden!

In dem jungen Arzt ging das Gefühl um, als wenn ein leidender Heiland im Irrenhause gebettet läge. Er war heimlich ganz in das feierliche Betrachten des Schicksals verstrickt, das der Tod eben im entfernten Krankenzimmer vollenden wollte.

Der Arzt begann dann auch in dem selbstgeschriebenen Buche zu blättern und zu lesen. Es waren Bekenntnisse. Hastig mit Bleistift geschrieben. Die Schrift ganz ungleichmäßig. Und einzelne Buchstaben oft sehr groß.

Da stand geschrieben; auf der ersten Seite allein:

„Namen habe ich nicht mehr.“

Auf der zweiten Seite:

„Ursprünglich war ich ein Revolutionär.“

Auf einer folgenden Seite:

„Wißt Ihr, was ein Revolutionär ist? ... eine ganz reine, unschuldige Seele, die plötzlich entdeckt, daß die Menschheit ein grün bewachsener Pflanz aller Laster ist. Und daß auch sie in diesem Sumpfe versinken soll ... Verflucht voraus die hohe Meinung, womit der Geist sich selbst umfängt ... oh, Du ewige Lebenslüge!“

Auf einer folgenden Seite stand:

„Wißt Ihr, was ein Revolutionär noch ist? ... eine ganz religiöse Person, von der Wahrheit besessen, daß die Liebe die alles heilende Wahrheit ist ... oh, Jammer ... oh, Geißel ... und die einen Dolch nimmt, um hinzugehen und die Lüge zu töten ... mit dem Dolche wolltest Du die Lüge töten? ... mit dem Dolche wolltest Du die Wahrheit bringen? ... oh, Du dreimal Verfluchter!“

Auf einer ferneren Seite:

„Die Henker schlugen mich ... daß mir Blut vor Schmerz aus dem Munde und vor Scham aus den Augen sprang ... und sie wollten meinen Kopf abschlagen ... da bin ich auf Verbrecherflügeln entflohen ... oh, das war wirklich ein Balancierkunststück ... aus der Peter-Pauls-Festung heraus und über die Grenze zu kommen ... und der bettelarme Student balancierte bis Wien ... und saß dann in Wien ... und mußte leben ... also seinen Kameraden Ueberzieher und goldene Uhren stehlen ...“

Hier waren plötzlich allerlei kleine Blattkonturen und Käfer gezeichnet. Und auf dem nächsten Blatte war eine Libelle mit großer Geschicklichkeit sehr naturgetreu abgebildet. Dann stand weiter:

„Pah ... ich stahl? ... was? ... ich wußte ja damals gar nicht, was Stehlen ist? ... ich wußte ja damals gar nicht, daß Stehlen heißt, das eigene Blut mit der tiefsten Selbstverachtung sättigen, daß dann jeder Blutstropfen Gift ist ... hahahaha ... aber wie ich zu Dir, gütigste aller Mütter, kam ... da wußte ich es ... mit diesem Geheimnis beladen kam ich ja zu Dir, gütigste aller Mütter ... und spann fröhlich mein Schicksal weiter ... oh, Du gütigste aller Mütter!“

An dieser Stelle hatte ein ausführlicher Name gestanden, der wie eine Adresse mehrfach untereinander geschrieben war. Aber alles war ansradiert. Auf dem nächsten Blatte hatte der Schreiber offenbar mit diesem Wiederholen der Adresse fortgefahren. Man erkannte zweimal die Worte: „An Frau Professor ...“ Aber auch hier war sonst alles weg-radiert. Und der Name und Ort war durch keine Lupe mehr in seinen Resten zu entziffern.

Dann war im Schreiben wieder fortgefahren:

„Deine Söhne waren Christen ... wie ich ihnen vor Deiner Haustür in Jena meine Geschichte, sehr wunderbar demütig zurechtgemacht, erzählte ... nämlich ... bis nach Jena war ich nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis in Wien so fröhlich als Vagabund oder Handwerksbursche durchgedrungen ... da führten mich also Deine Söhne gleich als unschuldig Verfolgten, als russischen Märtyrer in Dein Haus ... gaben mir ihr Bett ... waren meine Brüder ... und Deine Töchter meine Schwestern ... und Du warst meine Mutter ... hahahaha ... da hatte ich gleich Brot ... da hatte ich Eure Liebe ... da plauderte in mich Euer Denken ... da streichelte mich Euer Glaube ... hahahaha ... daß ich je aufhöben kann zu lachen, um diesen Satz hinzuschreiben ... hahahahahahahaha ... meine Lüge behielt ich doch für mich ... hahahahahahahaha ... ich hatte ja in Wien als ganz gemeiner Dieb Ueberzieher und goldene Uhren gestohlen ... und fünf Monate im Gefängnis gesessen ... und meine Lüge behielt ich doch für mich ...“

Und die Schrift wurde hier immer inniger und edler. Fast wie von einer Frauenhand schön.

„Und liebt Euch, neue Brüder ... und liebt Euch, neue Schwestern ... und liebt Deine feinen Hände, Mutter ... daß ich sie mir hätte können das Leben lang heilend auf mein gejagtes Herz pressen ... und war selig in Eurer Gnade ... und las mit Euch die höchsten Philosophien ... den göttlichen Platon ... und las mit Euch sogar das Evangelium ... und zerbrante heimlich mein Herz ... und kroch heimlich wie ein Hund herum ... hahahahaha ... denn meine Lüge behielt ich doch für mich ...“

Hier begann die Schrift hart und sinnlos groß zu werden. Gewissermaßen von einer ungehürdigen Hand geschrieben.

„Und wurde ganz in Eurer Liebe heimlich ... manchmal richtig aufgeschreckt in die Hoffnung, daß ich doch endlich die Kraft gewönne ... daß ich doch endlich noch vor Euch hintreten würde, meine Sünde von Grund aus zu bekennen und zu sprechen: Ja, ja ... ich war wirklich nur schon ein ganz gemeiner Dieb ... ich habe wirklich mit niedrigster Selbstsucht meine Mitstudenten schamlos bestohlen ... jetzt bekenne ich es ... auch wenn Ihr Eure Gnade von mir wendet ... jetzt bekenne ich es ... aber die Zeit kam nie ... die Kraft kam nie ... die Lüge saß eingefleischt in meinem Fleische ... ich war ja ein Sträfling ... ich war ja ein Dieb ... Ihr hattet ja nur einen verwahrlosten Strolch in Euer Haus aufgenommen ... hahahaha ... ich hatte Euch ja nur die Hauptsache verschwiegen ... und Eure Liebe bedeutete mir jetzt schon die Seligkeit ... ich wollte jetzt nicht mehr ein Verstoßener sein ... einer, den vielleicht noch Christus am Kreuze angesehen ... den die anderen einfach von ihrer Schwelle weisen ... hahahaha ... ich galt Euch ja schon als ein Philosoph ...“

(Fortsetzung folgt.)

# Wahlzwang und Wahlfälschung

## Berichte von Jilegalen über die Vorgänge am 19. August

### Aus Münden

In den Wahllokalen war am Sonntagfrüh der übliche Andrang zu beobachten. Die Wahlhandlung verlief ruhig. Der sehr scharfe Schlepperdienst der Nazis brachte alles auf die Beine. Die Beobachtungen in einzelnen Lokalen ergaben, daß die Wähler oft sehr sonderbare Auffassungen von ihren Pflichten hatten. So wurde festgestellt, daß in einzelnen Wahllokalen, trotz der vorhandenen drei Stimmzettel, die Wähler an offenen Tischen ihre Einzeichnungen vornahmen. Wer in die Wahlzelle gehen wollte, wurde von der diensttuenden SA, besonders scharf beobachtet. Das hat sich auch in den Abstimmungsergebnissen dieser Wahllokale bemerkbar gemacht. Es wurde aber auch beobachtet, daß andere Wähler diesen gegen die Wahlleiter verstößenden Brauch durch energisches Einschreiten unterbunden haben.

Am Nachmittag luden die Parteiprediger über das Land und verkündeten überall, daß heute auch der Abstimmende, der im Augenblick nicht im Besitz einer Wahlkarte oder eines Stimmzettel sei, er solle sich ins Wahllokal begeben und am Ehrenwort wählen. Seine Wahlberechtigung werde nachträglich nachgeprüft.

Zur Auszählung der abgegebenen Stimmen liegen aus drei Mündener Stimmbezirken Beobachtungen vor. So wurde im Stimmlokal in der Schule an der Türkenstraße festgestellt: Während des Verlaufes der Auszählung tauchte ein Stimmzettel auf, der im Kreis den Vermerk trug: „Ja, led mich am ...!“ Sämtliche Wähler wollten diese Stimme als Ja-Stimme werten. Der Vorsitzende, der diese Stimme als Ja-Stimme werten ließ, wurde von den Wählern sofort erregt. Er erklärte, daß diese 27 Stimmen, seit zwanzig Jahren der Bayerischen Volkspartei angehört, nicht gegen die Wahlleiter und erklärte, daß der Führer auf eine solche Wahlstimme wohl verzichten würde. Daraufhin wurde noch erregter Debatte der Stimmzettel für ungültig erklärt. Am Schluß der Auszählung ergaben sich 27 ungültige Stimmen. Die Wähler verlangten, daß diese 27 Stimmen zu den 112 gültigen Ja-Stimmen hinzurechnet werden müssen. Der Wahlleiter erhob wieder gegen diese Forderungen energisches Protest und verwies auf die gesetzlichen Bestimmungen. Man erklärte dann schließlich, doch die 27 Stimmen als ungültig anerkennen zu lassen.

Im Stimmbezirk Gahhans Unterdorfen, Adlzreiterstraße 8, entwickelte sich ebenfalls ein ungültiger Stimmzettel, eine heftige Debatte. Einzelne Wähler hatten ihr Kreuz in keinen der beiden Kreise gesetzt, sondern zeichneten es genau auf den die beiden Abstimmungsbahnen voneinander trennenden Strich. Auch hier wollte man alle ungültigen Stimmen unter Ja zählen. Der Vorsitzende nahm dagegen Stellung, konnte sich jedoch nicht voll durchsetzen. Es wurde eine nochmalige Durchprüfung der ungültigen Stimmen vorgenommen. Stimmzettel, die ihr Kreuz auf dem mittleren Strich trugen, wo aber das Kreuz nur um einen ganz geringen Abstand vom Trennstrich weiter nach links stand, wurden für gültig erklärt. Der Stimmbezirk hatte von 1207 gültigen Stimmen 20 ungültige.

Wie das Abstimmungsergebnis zeigt, wurde die überall verlangte Praxis, ungültige Stimmen als Ja-Stimmen zu zählen, in einzelnen Stimmbezirken mit Erfolg zur Durchführung gebracht.

Der Stimmbezirk Oberaner, in der Hauptstraße ein Arbeiter-Stimmbezirk, hat bei 1430 Stimmberechtigten überhaupt keine ungültigen Stimmen. In 29 Mündener Stimmbezirken, die alle über 1000 Stimmrechte haben, wurden überhaupt keine ungültigen Stimmen verzeichnet. Münden hat 899 Stimmberechtigten. Die Prozentzahl der ungültigen Stimmen schwankt in den einzelnen Stimmbezirken geradezu fantastisch. Ein Wahlbezirk mit 149 Rein-Stimmen, ein anderer mit 193 Rein-Stimmen, ein dritter mit 265 Rein-Stimmen, vierter mit 300 Rein-Stimmen, ein anderer mit 149 Rein-Stimmen, während ein sechster überhaupt keine ungültigen Stimmen während einer Wahlperiode hat. Daran ist zu erkennen, daß der Wahlschwindel nicht einseitig nach bestimmten Wählerkreisen angepaßt war.

Vom Bezirk 177, Gahhans Genossenschaftsheim Tulsebische, wird gemeldet: Stimmberechtigte 1255, abgegebene Stimmen 1297, ungültige Stimmen 1, gültige Stimmen 1296, Ja-Stimmen 1190, Nein-Stimmen 106.

Bei der Auszählung dieser Stimmen mußten alle nicht als Wahlfunktionäre anwesenden Personen, selbst der Wirt, das Lokal verlassen. Die Füre wurde abgeliefert. Wahlfunktionäre bestanden aus echten Nationalsozialisten, verschiedene Privatpersonen, die der Auszählung beiwohnen wollten, wie es das Gesetz erlaubt, wurden zurückgewiesen. Die Nein-Stimmen der Novemberwahl 1933 betragen in diesem Bezirk 160 gegen 46 am 19. August. Hier liegt offenkundig eine Fälschung vor.

Aus Untermerzing wird mitgeteilt: Von den vier Wahlbezirken war nur von einem das Ergebnis zu erhalten. Bei 407 Ja-Stimmen wurden 65 Nein-Stimmen gezählt. Von den übrigen drei Wahllokalen wurde die Herausgabe der Abstimmungsliste an Privatpersonen verweigert. Der Abstimmungsaustrag durfte niemand beiwohnen.

### Pfalz

(Die Pfalz hat besonders „gut“ gewählt und nur 3,5 Prozent Nein-Stimmen.) Vor dem Wahlbüro fanden zahlreiche SA-Posten, die jeden Eintretenden genau beobachteten, im übrigen sich aber sonst nicht verhielten. Im Wahlbüro wimmelte es von SA-Leuten in Uniform. Vor unserem Gewölbe wohnte ein Mann, der eine Dame das wählerebene beschrieb und erhielt gegen die Wahlkarte einen Abstimmungschein ausgetauscht.

Die Dame, die ohne viel Federlesen ein Zeichen in eins der Felder machen wollte, entdeckte, daß das Ja-Feld bereits angefüllt war. Sie trat an die Kassierin heran und rekrämierte den Wahlzettel. Darob erhielt sie von einem SA-Mann, der einen Sturz an der Uniform trug, laut und angestrichelt folgende Auskunft: „Sie können den Zettel gleich in den Umschlag stecken. Nur die alten Deutschen und in den Umschlag stecken. Nur die alten Deutschen haben wir gleich fertige Zettel bereit.“

Einer der beiden Herren wollte sich mit seinem Wahlzettel zur Wahlzelle begeben, die ziemlich ein Plakat deutlich sichtbar angeheftet, das folgenden schönen und groß gedruckten Text zeigte: „Jeder Deutsche wählt offen! Wer wählt heimlich?“ Dem Herrn, der sich in diese Wahlzelle begeben wollte, trat ein SA-Mann entgegen und bedeutete ihm, es solle nicht möglich sein, sich die Wahlzelle zu öffnen und in sie hineinzugehen. Er könne doch gleich an dem Wahlzettel die Karte zu stecken und sein Zeichen manuell durch die Vorrichtung vornehmen und sein Zeichen machen. Ueberrascht und peinlich berührt, mußte er etwas ängstlich, ohne der Herr jedoch auf den Tisch zu, den seine Hand auf dem Tisch lag, während er damit beschäftigt war, den Zettel auszufüllen. Während er damit beschäftigt war, deutete sich der SA-Mann interessiert über seine Schulter, und

fünf Paß, die am Abstimmungstisch saßen, saßen sich das Wahlzettel des Herrn von vorne an. Zwei Nazitagen beobachteten, wozu das Kreuz gesetzt wurde.

Bei unserem Gewährsmann wartete die SA, nicht einmal ab, ob er nicht selbst seinen Zettel ausfüllen wollte. Man reichte ihm einen ausgefüllten Zettel vor der Ueberreichung in den Umschlag und sagte ihm, er könne gleich den Umschlag in die Wahlurne werfen.

Wieviele werden den Mut gehabt haben, sich gegen ein solches Verfahren zu wehren?

Am Abend besuchte unser Gewährsmann eine bekannte sozialistische Familie, deren männliche Familienmitglieder als Emigranten im Ausland leben. Die Zurückgebliebenen hatten in einem anderen Wahlbezirk zu wählen. Uebereinstimmend erklärten alle, daß sie von der SA, an die Wahlzelle geführt worden seien und daß der SA-Mann die Einzeichnung des Kreuzes genau überwacht hätte.

Es sei ihnen nicht möglich gewesen, unbeobachtet das Kreuz in das Ja-Feld hineinzusetzen, wie sie das selbstverständlich vorgehabt hätten. Wehrlich sei es auch all ihren Bekannten ergangen. Um Verfassungen zu entgegen, hätten alle eine Ja-Stimme abgegeben, trotzdem ihnen das Herz dabei blutete.

(Aus einem Brief aus Birmasens.) Obwohl freie Wahl garantiert war, gab es viele Wahllokale, in denen der Stimmzettel dem Wähler fertig mit „Ja“ ausgetauscht wurde. Es war in dieser Beziehung genau so wie bei der letzten Wahl in manchen Lokalen noch schlimmer. In unserem Wahllokal waren die Kassen ausgetauscht mit Säcken. Dem kleinen Jungen verperrte ein SA-Mann mit einem Plakat folgenden Inhalts: „Ein Deutscher wählt offen, wer wählt anders?“ Dieser Spruch war übrigens noch auf alle Kassen aufgeklebt. Wer beim Reinwählen erwischt wurde, oder wer offen und demonstrativ mit „Nein“ wählte, wurde mehr oder weniger belästigt. In einem Falle wurde der Reinwähler fast zu Tode geprügelt. In den Wahllokalen sah man als Wahlvorbereiter und Wähler nur uniformierte SA-Leute, zum Teil mit Revolvern bewaffnet.

Besonders schlimm war es dort, wo bei der letzten Wahl besonders viel Reinstimmen abgegeben wurden. Dort bekam einfach jeder den bereits ausgefüllten Stimmzettel im Ärmel.

Dies wurde ganz schlimm in den katholischen Ortshäusern beobachtet, wo es bei der letzten Wahl viel Reinstimmen gab. Leute, die sich auf den Innenminister Fried beriefen bzw. auf seinen Aufruf, wurden zusammengehauen. Es wurden mehrere solcher Fälle bekannt.

Sämtliche Kriegsinvaliden mußten geistlos unter Aufsicht von zwei SA-Leuten offen mit „Ja“ wählen. Aus vielen Ortshäusern der Umgebung bekam ich sofort Nachricht, daß nur ausgefüllte Stimmzettel ausgetauscht wurden.

Alles dies wird wohl fernstehenden unmöglich erscheinen, aber es war viel schlimmer, als ich es hier schildern konnte.

### Noch ein Bericht aus der Pfalz

Die Fälschungstricks waren örtlich und in den einzelnen Wahllokalen nicht einheitlich. Aber Terror und Schwindel herrschten überall. Am einfachsten wurde die Sache in den Dörfern gemacht, in denen es bei der letzten Wahl viel Reinstimmen gegeben hatte. Dort erhielten die Wähler durchwegs bereits mit Ja beschriebene Zettel, die sie abgeben mußten. So kamen die einstufigen Resultate dieser Orte zustande. Es gab allerdings auch Ueberraschungen in Orten, die für sicher gehalten wurden. Dort überwoogen zum Teil die Reinstimmen.

In Petersödera bei Rodalben war dies a. B. möglich. Als es aber bekannt wurde, kam mittags um 5 Uhr ein Kommando aus Birmasens, besetzte das Lokal, beschlagnahmte die Urne und füllte sie mit soviel Ja-Stimmen wie nötig ersehen.

Als bekannt wurde, daß der Pfarrer von Fehrbach, der sich schon bei früherer Gelegenheit sehr mutig zeigte, mit einer Gruppe von Weibern offen mit Nein gestimmt hat, wurde ihm sofort ein Ständchen gebracht, wobei er im Chor als Landesverräter beschimpft wurde.

Die Reinstimmen wurden durch verschiedene Methoden festgestellt und durch Ja-Stimmen ersetzt. In einigen Lokalen wurden die Zettel verwechselt gar nicht in die Urne geworfen. Der Vorsitzende nahm ihn und wartete, bis der Wähler draußen war. Dann wurde kontrolliert, und wenn es sich um einen Reinzettel handelte, der Name des Wählers notiert und ein anderer Zettel in die Urne geworfen. Bei stärkerem Andrang wurde an die Zettel ein Kleben gemacht, teilweise durch einen Nadel mittels des hierfür präparierten Ningers.

Man erkannte im allgemeinen die Reinwähler an der Aufregung, die sie nicht verbergen konnten. Wer den bereits vorbereiteten Zettel ablehnte oder gar verlangte, hinter die Kasse gehen zu können, war natürlich schon als Reinwähler verraten. Sowie es unsern Leuten glückte, vermeintlich unerkannt ihren Reinzettel abzuholen, waren sie voller Freude. Wenn auch nicht soviel Reinstimmen gewährt wurden, als sich Wähler trauten, so glaubt doch jeder, daß wenigstens sein Zettel gezählt wurde.

Am den Schwindel wirkung durchzuführen zu können, wurden freitags vor der Wahl noch einmal alle Wahlvorbereiter und Wähler geprüft, und wenn sich auch nur der geringste Verdacht an ihrer Zuverlässigkeit ergab, wurden neue Leute eingesetzt. Das geschah in Kaiserslautern und in Birmasens noch in auffälligem großem Umfang.

Die Wahlkarte wurde sehr schlampsig oder gar nicht geführt. Jeder Beliebige konnte eine Stimme für Nichtwähler abgeben. Weigerte sich jemand, den ausgetauschten Zettel abzugeben, dann gab ihn ein SA-Mann für ihn ab. Es kam häufig vor, daß mehr Zettel in der Urne lagen, als Wahlberechtigte vorhanden waren. In einigen Fällen ist sogar überleben worden, dies richtigzustellen, so daß das interessante Resultat sogar in die Zeitung kam.

Einige ganz bekannte Sozialdemokraten oder Kommunisten wurden fortgelassen, durften gar nicht wählen und wurden erlegt durch SA-Leute. Am Montag konnte man an einigen Wirtschaften und Geschäftshäusern Plakate sehen mit der Ueberschrift: „Kauf nicht mehr ein diesem Geschäft, das ist ein Landesverräter.“

In R wurde die Angelegenheit eines Verkaufsgeschäfts am Montag vor den Obersten, der ihr erklärte: „Sie haben mit Nein gestimmt und werden deshalb wohl die Konsequenzen tragen müssen.“ Als sie erwiderte, daß sie den überreichten Stimmzettel unverändert abgegeben habe, wurde ihr eine nähere Prüfung darüber in Aussicht gestellt, ob ein Verstoß vorliege.

In einer anderen Stadt wurde ein bekannter Marxist auf der Straße angehalten von SA-Leuten, die ihm sagten: „Sie haben auch nachweislich mit Nein gestimmt. Verlassen Sie sich darauf, die Folgen werden Sie bald merken. Ueber jeden Fall, der es uns wichtig genug erscheinen läßt, wurde

ein Akt angelegt.“ Als der Betreffende den Einwand machte, die Wahl sei doch nach Versicherung des Ministers friedlich und frei, wurde ihm erwidert, das werde er ja bald merken.

Wahlzettelempfänger wurde erklärt, daß ihnen auf Grund ihrer Abstimmung die Ueberprüfung entzogen werde. Dieser Drohung wurde hinzugefügt: „Wir haben eine listige Liste aller Reinwähler.“

Ein südlicher Wähler aus Speyer glaubte den Schwierigkeiten des Wahlerrands dadurch entgehen zu können, daß er mit Stimmzettel in Firmenschein offen geben würde, verlangte er einen unbeschriebenen Zettel. Er wurde daraufhin sofort zusammengeschlagen und die Treppe hinuntergeworfen. Dort nahmen ihn SA-Leute in Empfang, führten ihn ins Brauhaus und erklärten dort, er habe den Führer beleidigt. Daraufhin wurde ihnen erlaubt, ihn tot zu schlagen. Nach einer weiteren tüchtigen Tracht Prügel ließ man ihn blutüberströmt laufen, prägelte ihn aber noch zum Abschied.

Die meisten Wahlkomitees hatten eine Kasse vor sich stehen, für die sie Bier spenden verlangten. Es ging sonst Geld ein, daß manche Wahlvorstandmitglieder schon um 11 Uhr betrunken waren.

Soweit Vereine und Kriegsinvaliden geschlossen mit Rußland zur Wahl geführt wurden, ging auch die Stimmabgabe mit fertigen Zetteln vor sich. Ein Kriegsinvalide, der sich in U. über diese Methode empörte, wurde am Hals gepackt und hinausgeworfen.

Ein Arzt in R zerriß den ihm ausgehändigten Zettel im Wahllokal. Er hatte Glück. Im Moment geschah ihm nichts. In manchen Orten war die Weigerung, zur Wahl zu gehen, noch gefährlicher, als mit Nein zu stimmen. Gelegentlich Ueberfallkommandos suchten die Behausungen der Wähler und schleppten die Leute mit. Weigerten sie sich trotz Prügel, dann wurde die Stimme doch abgegeben. Alle Leute sollen nach den Berichten diese Verurtheilung als freche Ungehorsamkeit betrachten und sie fortgesetzt haben mit der Bemerkung, daß sie Derartige doch noch nicht erlitten haben.

In Winnigen, das bei der letzten Wahl mit 101 Reinstimmen ausfiel, wurde diesmal ein 12jähriger Junge damit beschäftigt, in sämtliche Stimmzettel das Kreuz zu machen. Andere Zettel waren bei der Wahl nicht mehr vorhanden.

Von einem Ort wurde berichtet, daß die Leute viele Wahl als ein Waidi betrachtet haben. Die Leute riefen sich unter Lachen einander zu, man brauche diesmal nicht lange zu suchen, was man wählen wolle, es sei schon alles fertig und es sei auch möglich, für Vater, Mutter, Großmutter und Freunde zu wählen, es werde nicht so genau genommen. In einem Fall erhob ein noch in alten Reichsaufzeichnungen befangener Bauersmann Einspruch dagegen, daß für andere Personen gewählt wurde. Es wurde ihm aber klar gemacht, daß der Führer das alles erlaubt. In diesem Ort war die vorausgegangene Wahlversammlung nur von 15 Leuten besucht. Der Kreisleiter erklärte deshalb, es wird ja doch alles mit Ja stimmen, dafür werden ich sorgen. Es soll mir aber ja keiner der Versammlungsschwärmer noch einmal in mein Büro kommen. Am übrigen werde ich mir diesen Ort merken.

In manchen Orten wurden die Rentenempfänger und die Antragsteller auf Bändarlehen darauf aufmerksam gemacht, daß sie nichts mehr zu erhalten haben, wenn sie der Wahl fern bleiben oder mit Nein stimmen.

Alle Berichterstatter haben immer wieder erklärt, daß dem Ausland, welcher Schwindel hier vorliege, damit nicht der Glaube entgeht, es handle sich hier wirklich um eine Vertrennungsforderung für Hitler.

### Sachsen

Die Abstimmung hat in Dresden und auch im Pönd unter größtem Terror stattgefunden. Die SA bildete Spalier vor der Straße bis in die Wahllokale. Dadurch wurden sehr viele Leute, die unbedingt mit Nein stimmen wollten, beeinflusst, doch die Ja-Stimmen abgegeben. Es sind sehr viele leere Stimmzettel abgegeben worden. In einem Dresdner Wahllokal wurde beobachtet, daß bei der Auszählung der Wahlleiter solche Stimmzettel noch mit dem Ja-Kreuz verließ und dabei lachend sagte, das hätten die Wähler bloß vergessen! Der Schlepperdienst (funktionierende) Wähler, der dem Berichterstatter zum Beleg erbrachten in der Zeit von 10 bis 12 Uhr bereits drei Schlepper, die dann beim Nachbar hinterließen, es wolle unbedingt die Stimme abgegeben werden, sie würden sonst den Wähler holen.

Aus einer kleinen Gemeinde Dörfchen: Bei dem Abstimmungsorgang selber war diesmal der Terror noch härter wirksam als am 12. November. Während damals die SA formationsweise nicht aufsetzten war, war sie diesmal in großem Umfang in den Abstimmungslokalen zusammengezogen. Der Eindruck auf die Abstimmenden war naturgemäß sehr hart. Man stelle sich vor: Ein Stimmberechtigter, der innerlich entschlossen ist, mit Nein zu stimmen, kommt in das Wahllokal, das wider Erwarten voller SA-Leute ist. Sein Hilferuf fällt vor Ueberreaktion ziemlich unhöflich aus oder er unterläßt ihn ganz. Sofort wird er von den SA-Leuten gemühtert und vom Wahlvorstand entsprechend behandelt. Er hat das Gefühl, durch sein unsicheres Auftreten allein schon Aufmerksamkeit erregt zu haben.

Dadurch wird er noch unsicherer und selbst, wenn er mit dem letzten Voratz, Nein zu stimmen, in das Wahllokal gekommen ist, wirkt dieser Eindruck so hart, daß er sich im letzten Augenblick doch entschließt, mit Ja zu stimmen.

In den Wahlzellen waren Plakate angebracht. Darunter stand: „Jeder Deutsche stimmt mit Ja!“ Die Kranken und Gebrechlichen, die zur Abstimmung herangezogen wurden, waren in Begleitung von SA-Leuten, die alle mit in die Wahlzelle gingen.

Die Schlepperarbeit begann in Ritten mittags 9 Uhr. An ihr beteiligten sich alle Organisationen der NSDAP, SA, SS, und SA, sowie sämtliche Ausendoraanstellungen. Ad der NSDAP, den SA-Leuten, die zur Abstimmung abgeholt wurden, wurde gesagt: „Hüten Sie sich mit Nein zu stimmen, wir haben genaue Kontrolle darüber, wer mit Nein stimmt. Nur die Lumpen stimmen mit Nein und die werden wir schon klein kriegen.“

### Schlesien

In einem Dorfe bei R'effy (Oberlausitz) hatten sich zwölf junge Arbeiter, die früher dem Reichsbanner und der Partei waren, ehrenwürdig verpflichtet, am Abstimmungsorgang mit Nein zu stimmen. Bei der Auszählung der Stimmzettel — der Wahlvorstand bestand nur ausschließlich aus „alten

Kämpfern" — wurde am Schlusse bekanntgegeben, daß nur drei Nein-Stimmen abgegeben wurden.

Die meisten Menschen sind eingeschüchtert durch den Terror und die dauernden Drohungen und da der Wahlvorstand meist einseitig zusammengesetzt ist, trauen sich nur wenige, nach ihrem freien Willen zu wählen. Es wurde vermutet, daß der Umschlag gesichert werden kann durch Ringeradbrud beim Abnehmen und Einwerfen. So doch dann bestimmten Nein-Zägern, die zum Teil vorher bekannt sind, die größten Unannehmlichkeiten entstehen können. An diesbezüglichen Drohungen seitens der SA, hat es nicht gefehlt.

Ueber die Ergebnisse ein Beispiel aus Sachsis. Kreis Glauch (Fabrikarbeiterdorf, früher zu 65 Prozent rot): Von 1047 Stimmen 8 Nein und 1 ungültig. Dorfgespräch am Montagmorgen: Was hast du gewählt? Nein. Dann werden die bekannten Genossen aufgesucht und gezählt!

Mit ziemlicher Sicherheit kommen 160 bis 170 Stimmen zusammen, die also unterliegen würden, weil der Wahlvorstand aus lauter SA. bestand!

Unsere Genossen in Schlang haben sich auch gut gehalten, erzielten 20 Prozent, Fischerbenen 17 Prozent und jetzt denke man sich dies Sachsis. daneben mit angeblich 0,8 Prozent — also Schiebung! Jetzt geht allgemein das Suchen los nach den Nein-Zägern.

In welchem Grade nicht nur die SA, sondern auch die Parteiorganisationen der NSDAP. in den Dienst des Abstimmungszwanges gestellt wurden, zeigt eine Anweisung für die Hausblockwart, die uns aus Sieltin übermittelt worden ist und in der es heißt:

Um eine reibungslose Volksbefragung durchzuführen, sind folgende Anweisungen genau zu beachten:

4. Am Freitagmorgen trägt jeder Hausblockwart die ihm übergebenen Flugblätter betr. „Rundfunkrede des Führers“ in seinem Hause aus.

5. Am Samstagvormittag ebenso die Flugblätter betr. die „Volksbefragung“.

6. Am Sonntagmorgen um 8 Uhr muß jeder Hausblockwart zunächst seiner eigenen Wahllochkarte genügen und sich dann sofort wieder in das eigene Haus begeben. Hier hält er sich von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags ununterbrochen vor der Haustür auf und erwartet die Wagen, die die körperlich behinderten Wahlberechtigten abholen, um den Abholern (ohne daß diese lange suchen müssen) die Wohnung des Abzuholenden zu zeigen.

Um 12, 1 und 2 Uhr sind sämtliche Wahlpflichtige im Hause höflich zu befragen, ob schon gewählt worden ist. Um 2.30 Uhr nachmittags geht der Hausblockwart mit seiner Hausliste zum zuständigen Wahllokal und vermerkt in seiner Liste durch Befragung bei den dortigen Pflichtenführern, wer noch nicht gewählt hat. Wer gewählt hat, wird in der Hausliste getrichen. Die übrigbleibenden Nichtwähler sind dann nochmals um 4, 4.30, 5 und 5.30 Uhr (also halbstündlich) an ihre Wahlpflicht zu erinnern.

## In Braunschweig

Auf einer NS-Sogo-Mundgebung sagte Gauamtsleiter Schrader unter anderem:

... die Nein-Zäger des 19. August rekrutierten sich zum größten Teil aus der offenen und verhassten Reaktion. Die nationalsozialistische Bewegung als Fundament des Staates müsse unter allen Umständen rein und sauber erhalten werden. Es müsse und werde daher eine rückwärtslose Reinigung stattfinden. Ueber dem Schicksal des einzelnen stehe das Schicksal der Nation. („Braunschweigische Landes-Zeitung“ vom 27. August.)

## In Köln

In manchen Bezirken wurden die Ja- und Nein-Stimmenzettel und solche, auf denen Ja und Nein vermerkt war, für gültig erklärt.

## Und nachträgliche Heuchelei

Die gleichgeschaltete Presse meldet:

Der Abstimmungsausschuss für den Wahlkreis Othannover erklärte die Wahl in dem Dorfe Pandorf (Kreis Garburg) für ungültig, weil die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften über die Wahlzeit und die Wahrung des Wahlheimlichkeits nicht gewahrt worden seien. Der Gemeindevorsteher, der hier die Wahl leitete, hat sein Amt niedergelegt.

Außerdem wurde die Entscheidung über die Gültigkeit der in Bardowick (Kreis Lüneburg) abgegebenen Stimmen ausgesetzt. Es soll noch festgestellt werden, ob alle von Bardowick zum vorläufigen Ergebnis gemeldeten Ja-Stimmen gültig sind.

## Pariser Berichte

### Die Jagdbeute eines Tages

Die „Deutsche Freiheit“ berichtete bereits, daß die Jagd in Frankreich eröffnet ist, was jedesmal mit einer gewissen Feierlichkeit geschieht. Jetzt ist das erste Wild in den großen Pariser Hallen angekommen. Während im Vorjahre am ersten Tage nur 11 212 Kilo französisches und 1878 Kilo ausländisches Wild eingingen, ist die Beute dieses Jahr bedeutend ergiebiger. Sie beträgt 15 000 Kilo französisches und 5700 Kilo ausländisches Wild. Die Preise sind gegenüber dem Vorjahre etwas gesunken.

### Deutscher Klub

Am Samstag, 8. September, um 21 Uhr: Geselliges Beisammensein mit Tanz. Gäste sehr gerne willkommen. Eintritt für Mitglieder frei. Gastbeitrag: 5 Fr. — Am Dienstag, 11. September, um 21 Uhr: Vortrag von W. Walder: „Deutsche Emigration hier — „drittes Reich“ dort — eine Auseinandersetzung und eine Kritik.“ — Gastbeitrag: 2 Fr.

### Association des Emigrés Israélites d'Allemagne en France

Sabbatgottesdienst am Freitag, dem 7. September, 19 Uhr, im Betsaal „Chez Chou“, 17, Rue Bérauger (Métro République) in Paris. Jedermann willkommen.

### Gottesdienst an den hohen jüdischen Feiertagen

im Wagram-Saal in Paris, 39, Avenue de Wagram. Deutsche Predigt, Orgel, Chorgesang (Dirigent: Kapellmeister Landé, Oberkantor Gronich aus Berlin). Kartenverkauf (10 bis 50 Franken) wochentäglich von 11 bis 12 Uhr bei Dosmar, 78 Rue Blomet, Paris 15e, Dr. Tichauer, 3, Rue Georges Courteline, Clichy sur Seine, Adolf Philippsborn, Paris 18e, 35, Rue Eugène Carrière, außerdem nachmittags von 5 bis 6 Uhr und Sonntag von 11 bis 12 Uhr Dosmar.

# Mussolinis Abwehrmaßnahmen

Rom, 5. September.

Der italienische Finanzminister hat ein Dekret unterzeichnet, nach dem alle Zahlungen für aus Deutschland eingeführte Waren in Reichsmark geleistet werden müssen, in welcher Währung auch immer der Verkauf dieser Waren abgeschlossen wurde. Die Mark wird zu dem Kurse berechnet, den das italienische Nationalinstitut für fremde Wechselkurse jeweils angibt. Bisher konnten die italienischen Exporteure in Lire an Deutschland verkaufen, und auch die Einfuhr aus Deutschland konnte in Lire berechnet werden. Sie hellsten die Fakturen am liebsten in Lire oder Franken aus und erhielten die gewünschte fremde Währung, sei es auf der Italienischen Bank, sei es auf der Reichsbank gegen einfache Vorgeigung der Rechnungen und der Reiseingangs-erklärung. Da die Reichsbank aber die Bezahlung in anderer Währung als in Mark auf Grund des Vertrages vom 17. Oktober 1932 untersagt hat, so hat die italienische Regie-

rung gleichfalls die Bezahlung in Mark als Gegenmaßnahme angeordnet.

Die italienische Handelsbilanz war für Deutschland bereits sehr ungünstig, sie wird jetzt noch ungünstiger werden, denn Deutschland wird seinen Export nach Italien bei dieser Sachlage noch mehr einschränken müssen. Die neue Verordnung kann auch als Repressalie gegen Deutschland angesehen werden im Hinblick auf die neuen Verfügungen, die Deutschland über den Reiseverkehr getroffen hat. Bisher konnten nämlich die deutschen Italienerreisen außer den erlaubten 50 Mark in bar einen Reisekreditbrief von 500 Mark mitnehmen; jetzt ist durch eine neue Verordnung die Mitnahme eines solchen Kreditbriefes verboten.

„Giornale d'Italia“ bezeichnet diese Maßnahme als Expreskussionsmaßnahme von Dr. Schacht, um auf diese Weise wirtschaftliche Jugendschicksale vom Auslande zu erhalten. Das Blatt meint, der deutsch-italienische Reiseverkehr könne als null und nichtig angesehen werden.

## Bürgermeister Seitz

### Und andere Gefangene ohne Prozeß

Bürgermeister Seitz wird auch seit seiner Ueberführung in ein Sanatorium als Häftling behandelt. Er darf sich nicht frei bewegen, darf keine Besuche empfangen. Vor seinem Krankenzimmer halten ständig zwei Kriminalpolizisten Wache. Es ist also nicht wahr, daß Bürgermeister Seitz, der seit einem halben Jahr in Untersuchungshaft gehalten wird, ohne daß jemals ein Prozeß gegen ihn stattgefunden wird, von der Regierung schuldlos freigelassen wurde. Seitz ist weiter Untersuchungshäftling — nur mit dem Unterschied, daß er seinen Aufenthalt in der Heilanstalt selbst bezahlen muß. Ueberdies muß er der Polizei die Kosten der Kriminalbeamten erlegen, die ihn bewachen. Geändert hat sich also nur die Bezahlung: Die autoritäre Diktatur läßt sich von Seitz die Kosten seiner Gefangenenschaft bezahlen, im übrigen hält sie ihn weiter in Gefangenenschaft.

Auch die anderen sozialdemokratischen Funktionäre sind weiter in Haft, obwohl auch gegen sie niemals ein Prozeß stattgefunden wird. Stadtrat Dr. Dannenberg ist vorübergehend wegen einer schweren Hirnhöhleenerkrankung im Spital, soll aber wieder ins Gefängnis zurückgebracht werden. General Römer ist seit mehr als einem halben Jahr im Untersuchungshäftnis. Selbst die Gesundheit dieses alten Soldaten hat schwer gelitten, trotzdem wird er weder entlassen, noch die Richter gestellt. General Scheller, der niemals eine Funktion in der Sozialdemokratischen

Partei oder im Schuhbund bekleidete, wird weiter im Konzentrationslager gehalten. Die Brutalitäten des Antisemitismus sind also durchaus nicht gemildert.

## Jüdische Emigration in Holland

### Eine Klarstellung

In der letzten Zeit ging durch die Presse die Mitteilung, daß die holländische Regierung 300 jüdische Flüchtlinge aus Holland ausgewiesen habe. Diese Meldung, die unter den deutschen Flüchtlingen Beunruhigung hervorgerufen hat, ist unrichtig, wie wir aus „Der Volk“, dem Antisemitischer sozialdemokratischer Blatt entnehmen.

Das Blatt teilt mit, daß es sich um eine von der holländischen Regierung durchgeführte Kontrolle handelt, die über das weitere Verbleiben solcher Ausländer angeht, die nicht unter die Kategorie politische Flüchtlinge fallen, die in Holland nur mit einem zeitlichen Visum leben, das sie sich ordnungsgemäß bei der Einreise vom niederländischen Konsulat ihres Heimatlandes ausstellen lassen mit der Begründung einer Ferienreise, geschäftliche Angelegenheiten zu regeln usw. Diese zeitlich begrenzte Aufenthaltsgenehmigung ist schon seit langem abgelaufen, während die Inhaber sich seit in Holland angesiedelt haben. Diesen Zustand will die holländische Regierung ändern. „Der Volk“ teilt mit, daß deutsche Flüchtlinge, die sich in Holland mit Zustimmung der Behörden aufhalten, von dieser Aktion auf keinen Fall betroffen werden.

## BRIEFKASTEN

Uns mehrere. Für eure Zuschriften danken wir herzlich, aber wir drücken sie ab. Soweit sie uns der ungenügende Wille, der seinen Beruf verfehlt hat, nicht wert. „Gefühlungslos!“ Wenn schon! Goethe sagt: „Der Fiehl des Schlimps führt auf den Mann zurück!“ — Einem besonders Erbitterten erwidern wir mit dem Wort von Goethe: „Wenn das Christentum schuld an allem Unheil wäre, das man bei seinen Priestern und durch seine Priester sieht, so wäre der Stifter der bahnbildigen der Menschen“. Uebrigens ist Bischof Hornemeyer immerhin mit dem unlästigen Deper Wilhelm nicht in einem Atemzug zu nennen. Er hat sich neulich in Saarbrücken als der Bischof aller Saarbrückler bezeichnet, auch der „Gefühlungslos“.

Willingebill (Dänemark). Ihr schreibt und: „Gleichzeitig ergreife ich wieder einmal die Gelegenheit, Ihnen für Ihre großzügige Rettung zu danken, die täglich mit Ungeduld von uns und unseren Freunden erwartet wird.“ Das lieh ich schon, aber mit haben den Wunsch, unsere Zeitung noch viel „arohariger“ zu machen.

L. C., Stockholm. Sie schreiben uns: „Weißt du, liebe Deutsche Freiheit“, was die Schweden auf der Kirchenkonferenz zu den Deutschen sagen? Es wäre am besten, wenn die Deutschen schleunigst ihre Koffer packen und abdampfen. Ihre Anwesenheit hätte gar keinen Zweck. Der Reichsbischof Müller habe ihnen so doch verdröhen, so zu reden, wie sie gerne möchten. So und ähnlich ist es den Deutschen auch mehr als einmal gesagt worden.“

Saarländer. Sie schreiben uns: „Ihre gefrige Briefkastennote, die sich kritisch mit Karl Gebhardt (Frankfurt) beschäftigt, muß ein Rückstand sein, der sich sehr verspätet in Ihren sonst so interessanten und aktuellen Briefkasten eingeschmuggelt hat. Karl Gebhardt ist seit einigen Wochen tot; er wird also an dem Prozeß internationalen Philosophenkongress kaum teilnehmen können. Aber auch in sachlicher Hinsicht stimme ich mit Karl B. in der Beurteilung des Gebhardtens nicht überein. Berichte aus Frankfurt bestätigen mir, daß er sich gegen den Zwang zur Gleichhaltung bis zum äußersten gewehrt hat. Er hand innerlich gegen das Hitlerregime, und der Gram über die geistlichen und weltlichen Verpöhlungen, die das „dritte Reich“ ständig an ihm verübt, hat seinen allzu frühen Tod beschleunigt.“ — Wir danken Ihnen für Ihre Richtigstellung. In der Tat handelte es sich um eine ältere Notiz, der wir den Zugang zur Briefkastenspalte hätten verweigern müssen. Ihre Beurteilung des Menschen Gebhardt ist auf Grund unserer persönlichen Bekanntschaft mit ihm durchaus die unfrige. Gebhardt's Kopendinsprobe

gegenüber Epinosa war freilich eine Entgeißlung, um so unbegreiflicher, als er nicht arisch verheiratet war.

Saarbrücker „Landes-Zeitung“. Früher wort Ihr mal katholisch, jetzt seit Ihr hitlerisch. Darum haben in eurem Blatte Sätze wie der: „Der Saarbevollmächtigte hat es auch gar nicht nötig, den Führer zu bitten, die bisher den Katholiken gegenüber eingenommene Haltung zu mildern“, denn die durchaus lokale und positive Einstellung des nationalsozialistischen Staates den beiden christlichen Konfessionen gegenüber ist durch die Rede des Führers auf dem Ehrenbreitstein erneut eindeutig und unmissverständlich festgelegt worden.“ Der Heilige Vater scheint aber nicht eurer Meinung zu sein, er traut dem Führer nicht, und darum kosten die Verhandlungen über die Auslegung des Kanfordats seit Monaten. Es scheint, daß der Vatikan in der Beurteilung des „Katholiken“ Diller mit denen ganz einer Meinung ist, die der katholische Dillersforrer Wilhelm „Gefühlungslos“ schimpft. Sollte man nicht den Vorrat Wilhelm nach Rom schicken, damit er den Heiligen Vater über den richtigen wilhelminischen Katholizismus aufklärt?

Seemann, Ropendagen. Ihr Brief berichtet uns: „Reulich waren drei oder vier deutsche Torpedoboote hier in unserem Hafen. Die deutschen Schiffe sind gar nicht beachtet, und die deutschen Seeleute sind überall eilig empfangen worden. Ich hörte, wie ein dänischer Arbeiter zu einem deutschen Offizier sagte: „Nacht mit euren Booten das Wasser in eurer Heimat drehsia.“ Die deutschen Seelungen werden natürlich geschrien haben, die Torpedoboote seien in Ropendagen begeistert empfangen worden.“

Saarländischer Beamter. Wir geben von Ihrer Mitteilung Kenntnis, daß die in Amerika anässigen abstimmberechtigten Saarländer auf Rollen des Reichs in das Saargebiet gebracht werden sollen. Ferner erfahren wir von Ihnen, daß etwa 200 Saarländer sich in der französischen Fremdenlegation befinden. Auch ihnen soll Gelegenheit zur Abstimmung gegeben werden.

Schleswig-Holstein, meernäheungen.“ Ihr Brief beschäftigt uns, daß in dem einst so nationalsozialistischen Schleswig-Holstein ein harter Stimmungsumschwung sich vollzogen hat. Nirgendwo sind die Differenzen mehr tief. In mehreren Städten und Dörfern sind diese Bäume vernichtet worden. Es scheint, als ob die Differenzen nicht gerade dazu bestimmt sind, in den Himmel zu wachsen.

Mit den Gesamtdollet verantwortlich: Johann Pich in Dabweiler; für Inserate: Otto Pich in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 3, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Erste Auflage in wenigen Wochen vergriffen

# Hitler rast

Von KLAUS BREDOW

Fragen Sie in den Kiosken und Buchhandlungen nach. Falls die Broschüre am Ort nicht zu haben ist, liefert die Buchhandlung der „Volksstimme“, Saarbrücken, Bahnhofstraße 32, gegen Voreinsendung von 3,90 französischen Franken auf das Postcheckkonto Saarbrücken Nr. 619

Verlag der „Volksstimme“, Saarbrücken